

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

III. LEGISLATURA
III. LEGISLATURPERIODE

SEDUTA 144^a - 144. SITZUNG
23 - 2 - 1960

INDICE

Disegno di legge n. 123:
«Stati di previsione dell'entrata e della
spesa della Regione Trentino-Alto Adige
per l'esercizio finanziario 1960»

Pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 123:
«Voranschläge der Einnahmen und Aus-
gaben der Region Trentino-Tiroler Etsch-
land für das Finanzjahr 1960»

Seite 3



Presidente: *dottor Silvio Magnago*

Vicepresidente: *dottor Remo Albertini*

ore 15,25

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

TRENTIN (Segretario questore - D.C.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta del 16 febbraio 1960.

TRENTIN (Segretario questore - D.C.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Il verbale è approvato.

Riprende la discussione generale sul **disegno di legge n. 123**: « *Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1960* ».

La parola al cons. Mayr.

MAYR (S.V.P.): Meine Ausführungen beschränken sich auf folgende Punkte: einmal auf das Schulproblem in Südtirol, das der Herr Präsident, lückenhaft vielleicht aber doch optimistisch, gestreift hat, zweitens auf die einseitige Verwaltungspolitik des Regionalausschusses in Bezug auf den Fremdenverkehr und abschließend auf einige allgemeine politische Bemerkungen.

In einem kurzen Abschnitt sprach Herr Präsident Odorizzi von der deutschen Schule in Südtirol, die, wie er einräumt, von grundsätzlicher Bedeutung für eine Volksgemeinschaft ist, die ihre Kultur erhalten will. Als angeblicher Verfechter der Autonomie und als angeblicher Vertreter beider Volksgruppen in der Region der Regierung ge-

genüber haben Sie, Herr Präsident, das Schulproblem wohl zu oberflächlich und, erlauben Sie, vielleicht auch zu naiv erledigt. Nachdem Sie mit ein paar Worten hervorgehoben hatten, daß die italienische Regierung die Muttersprache in der Volks- und Mittelschule zugesichert hätte, daß sie gestattet hätte, daß Hilfslehrkräfte eingestellt und beim Schulamt ein deutscher Vize-Schulamtsleiter eingesetzt würden, zitierten Sie noch verschiedene Dekrete und Gesetze zugunsten der deutschen Schule in Südtirol. Mein Verantwortungsbewußtsein drängt mich, Ihnen darauf zu antworten und aufzuzeigen, daß Sie sich bis jetzt nicht um ein Problem bemüht haben, das Sie selbst für eine Volksgruppe, die ihre Eigenart erhalten will, als von grundsätzlicher Bedeutung nennen. Deshalb ersuche ich Sie, dem folgenden kurzen Überblick über die Verhältnisse der deutschen Schule in Südtirol Ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Als Vertreter der Trentiner Kreise hat Sie das Problem nicht in dem Maße in Anspruch genommen wie z.B. die Industrialisierung. Ja, Sie haben durch die Worte, mit denen Sie das Schulproblem abgetan haben, bewiesen, daß Sie es nur zur Vervollständigung Ihrer Erklärungen herangezogen haben, allerdings in einer Art, die es einem leicht macht, den Regionalrat von der Oberflächlichkeit, mit der Sie es behandelt haben und — man muß sagen — von Ihrer Unkenntnis auf dem Gebiet der deutschen Schule in Südtirol zu überzeugen. Sie behaupten, vom ersten Augenblick an, also seit 1945, sei der deutschen Bevölkerung der Unterricht in der deutschen Sprache in der Volks- und Mittelschule zugesichert worden. Dazu muß ich bemerken: Es steht fest, daß die italienische Regierung 1945 wohl die Beibehaltung der deutschen Volksschulen hinnahm, daß aber die Errichtung deutscher Mittelschulen und höherer Schulen nur gegen den Willen der Italiener und auf Grund der Bemühungen unserer Leute bei den

Alliierten in extremis gerettet werden konnte, denn die Italiener hatten bei den Kommandos gewonnenes Spiel und die Aufhebung der deutschen Mittelschulen war bereits beschlossen. Nichts darf die italienische Regierung also weniger auf ihr Verdienstkonto schreiben, als die Errichtung deutscher Mittelschulen in Südtirol.

Weiters ist es kein Beweis für das Wohlwollen und Entgegenkommen der Regierung, wenn die Mittelschulen zahlenmäßig gewachsen und durch Neuerrichtungen erweitert worden sind. Denn wie die Erfüllung der Schulpflicht von Seiten der Südtiroler Kinder nur dann möglich war, wenn man deutsche Volksschulen führte — eine Rückkehr zu den faschistischen italienischen Schulen von 1940 wäre wohl zu anachronistisch gewesen und hätte den Prinzipien von Demokratie und Freiheit der Alliierten nicht entsprochen —, so müssen auch überall dort, wo es eine studierende Südtiroler Jugend gibt, Mittelschulen und höhere Schulen errichtet werden, wenn man nicht will, daß der Bildungsstand der Südtiroler Bevölkerung auf dem Lande auf die Stufe Kalabriens oder Apuliens herabgedrückt wird.

Das von Ihnen zitierte Gesetzdekret vom 8. November 1946 Nr. 528 ist daher nicht nur Ausgangspunkt der Regelung eines Rechtes, das den Südtirolern zugestanden wurde, sondern auch Endpunkt eines erbitterten Kampfes der Alliierten zusammen mit den Südtirolern gegen die Italiener. An Versuchen einer Vormischung der Kompetenzen und einer Umgehung des Gesetzes Nr. 528 — z.B. durch die Einführung einer gemischtsprachigen Schule — hat es dann auch in der Folgezeit nie gefehlt; sie strebten die Verbesserung einer Bestimmung an, die dann erst durch den Art. 15 des Sonderstatuts ihren heutigen Wert bekam.

Sie erwähnten ferner, Herr Präsident, daß in den Volksschulen Hilfslehrkräfte eingestellt wurden, die ohne die vorgeschriebenen Prüfungen waren, um den Wünschen der deutschen Bevölkerung zu entsprechen. Hier muß ergänzt werden, daß nicht nur die Volksschulen, sondern auch die Mittelschulen vielfach ja in der großen Mehrzahl mit Personal arbeiten, das keine Unterrichtsbefähigung besitzt. Ist aber die Einstellung der Hilfslehrkräfte eine besondere Gunst? Nein, sie war

eine bittere Notwendigkeit. In normalen Zeiten hat Südtirol genügend Lehrkräfte für die Schulen aller Grade gestellt: man vergißt scheinbar wirklich, was zwischen 1919 und 1939 gewesen ist, wenn man so verantwortungslos spricht. Wir Südtiroler sind die letzten, die einen solchen Zustand als Dauerzustand betrachten oder je wünschten. Wir wissen aber auch, daß, wenn die Schule darunter leidet, sie nicht durch unsere eigene Schuld leidet. Es war also keine Gunst, Herr Präsident, sondern eine ganz bittere Notwendigkeit, die nicht zu umgehen war, wenn man nicht zu faschistischen Rezepten greifen wollte.

Beim Schulamt in Bozen, sagten Sie, Herr Präsident, existiert ein Vize-Schulamtsleiter deutscher Muttersprache. Weiß man, daß derselbe juristisch und gehaltsmäßig einem Sekretär gleichgestellt ist? Wo sind seine Kompetenzen, wo seine rechtlichen Befugnisse? Man frage im Schulamt einmal selbst an. Die einzigen Befugnisse, die der deutsche Vize-Schulamtsleiter im Augenblick besitzt, scheinen mir im Grunde genommen mehr oder weniger von der Großzügigkeit des Provveditore abhängig zu sein, der bestimmen kann, ob dieser Vize überhaupt etwas zu sagen hat oder nicht.

Sie sagten, was die Durchführung des Autonomiestatuts betrifft, bleibe lediglich das Schulwesen übrig; auf diesem Gebiet wären schon bedeutende praktische Durchführungen erfolgt, die Sie früher erwähnt haben. Es ist völlig unlogisch, im Rahmen des Vorliegenden von praktischen Durchführungen zu sprechen. Die Tatsache, daß den deutschen Bürgern der muttersprachliche Unterricht zugesichert wurde, ist keine Durchführung, ebenso wenig die Einsetzung eines Vizeprovveditore ohne Kompetenzen. Es handelt sich, wie gesagt, nicht um Durchführungen, sondern einfach um naturnotwendige Verwirklichungen, die noch dazu mit allen Mitteln und Vorwänden verzögert wurden.

Außerdem sagten Sie, Herr Präsident, man dürfe die gesetzlichen Regelungen, die der Staat erlassen hat, nicht unterschätzen, und zitierten Dekrete und Gesetze. Dazu folgendes: Man glaubt immer, mit einem Gesetz alles geregelt zu haben, so z.B. mit dem Gesetz vom 22. Oktober 1957 Nr.

1052, das « die Systemisierung des Lehrkörpers in den Mittelschulen geregelt hat » (che ha regolato la sistemazione del corpo insegnante nelle scuole secondarie). Dabei nennt man geregelt, wenn von 300 Lehrkräften nur ein Dutzend eingestuft worden ist! Dazu ist das Gesetz genau um zehn Jahre zu spät gekommen, um die Einstufung noch gerecht vornehmen zu können.

Was die Personalfrage in der Volksschule anbelangt, ist zu erwähnen, daß nicht dem Buchstaben entsprechend, wohl aber nach dem Sinne des Gesetzes einmal darangegangen werden muß, die italienischen Lehrer, die an den italienischen Volksschulen Deutsch unterrichten, durch deutsche Lehrkräfte zu ersetzen. Die Italiener haben sich den durch Italien selbst verschuldeten Mangel an deutschen Lehrern zunutze gemacht, um Italiener an diese Stellen zu setzen; ein Kapitel über das man nie sprechen will und wo alles in Ordnung zu sein scheint.

In der Mittelschule sieht die Lage sehr traurig aus. Das Gesetz vom 8. November 1946 Nr. 528 sieht im Art. 5 vor, daß die ehemaligen österreichischen Professoren eingestuft werden sollen, der Erfolg aber ist gleich Null. Man hat die wenigen nach 1922 im italienischen Schuldienst verbliebenen Lehrer in andere Stammrollen gesteckt und sie großzügigerweise gezwungen, an einem Spezialwettbewerb teilzunehmen, mit dem Ergebnis, daß 1958, als es so weit war, keiner mehr unter der Altersgrenze oder mancher gar nicht mehr auf der Welt war. Nun hätte es doch möglich sein müssen, wenigstens die Gruppe von Professoren, die vor dem Kriege im Beamtenverhältnis standen, in die Südtiroler Schulen zu bringen. Was war das Ergebnis? 18 wären es nach dem Krieg gewesen, doch am Spezialwettbewerb konnten nur noch 6 teilnehmen. Trotz oftmaligen Drängens liegt noch alles unerledigt auf den Schreibtischen des Ministeriums. Es ist wirklich ein Skandal, daß man sich einfach nicht Rechenschaft darüber ablegt, daß durch das endlose Hinausschieben die Situation für ältere Professoren einfach unhaltbar geworden ist.

In der heutigen Presse wird von italienischen Schulkreisen wieder gegen die zu erwartenden Durchführungsbestimmungen Sturm gelaufen. Herr

Präsident, wir brauchen die Durchführungsbestimmungen, damit Taten gesetzt werden können! Für die Dringlichkeit der Durchführungsbestimmungen auf dem Gebiete der Schule zeugt die jetzt bestehende Schulordnung. Der übertrieben intellektualischen und historisch-philologischen Ausrichtung des Mittelschulwesens können die Südtiroler keine Sympathie entgegenbringen. Und die Volksschule entbehrt der dritten Stufe, die für unsere Landschulen immer von großem Nutzen gewesen ist. Die juristisch-soziale Gleichstellung des Landkinds mit dem Stadtkind ist unterbunden und das ist der kulturellen Entwicklung der Volksgruppe hinderlich. Mit dem Zeugnis der fünften Klasse Volksschule — und ein anderes ist auf dem Lande nicht zu erreichen — ist das Landkind benachteiligt, denn entgegen der Meinung der italienischen Regierung können gar nicht so viele Mittelschulen errichtet werden, daß praktisch jedes Kind die Möglichkeit hat, die mittlere oder untere Reife — Abschluß einer Mittel- oder Vorbildungsschule — zu erlangen; und ein Abschluß der Pflichtschule mit der fünften Klasse entspricht in den Augen des Südtirolers dem Anfang des Analphabetentums. Die italienische Schulordnung ist unseren Verhältnissen in keiner Weise angepaßt. Sie nimmt weder auf unsere völkische Eigenart, noch auf unsere sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht. Außerdem ist das Schuljahr völlig unzureichend. 190 Schultage oder weniger genügen unseren Kindern nicht, den Lehrstoff zu erfassen und zu vertiefen; der Unterricht muß auf einen größeren Zeitraum verteilt werden. Dabei könnte man — vielleicht gegen den Willen Malignonis — das Unwesen der unzähligen Privatstunden unterdrücken, die zahllosen Nachprüfungen könnten vermieden und der ganze Prüfungszauber mit seinen Aufregungen könnte eingeschränkt werden.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Quando sarai Ministro della pubblica istruzione farai i programmi speciali per l'Alto Adige! Adesso quando la scuola passa alla Provincia farai i programmi speciali!

MAYR (S.V.P.): Aspettiamo! Und die Schule könnte von einer Landesschule zu einer Erziehungs-

schule werden. Wir wünschen an den einzelnen Schulen Auflockerung des Unterrichtes durch musische Gestaltung und Sozialisierung des Schulbetriebes dadurch, daß außerschulische Veranstaltungen aller Art Schule und Familie einander näherbringen. Die Schule muß wieder ihre Stellung im Sozialen Geschehen bekommen, und damit der Lehrer seine Würde und sein Ansehen. Es entspräche grundsätzlich der Auffassung der Südtiroler, sämtliche Professoren der mittleren und höheren Schulen juridisch gleichzustellen. Heute besteht eine sogenannte Stammrolle A für Lehrkräfte der höheren Schule, eine Stammrolle B für die Unterstufe und eine Stammrolle C für einige Fächer in der Unterstufe. Im Jahre 1955 wurden in Rom Sonderlehrpläne für die Fächer Italienisch, Deutsch und mit geringfügigen Änderungen für Geschichte und Erdkunde ausgearbeitet und den Schulen zur Probe übermittelt. Seither sind von unserer Seite öfters Änderungen und Verbesserungsvorschläge eingereicht worden, aber in Rom würde man sich wohl gedemütigt fühlen, falls man diese Vorschläge zur Kenntnis nähme. Kein Südtiroler Lehrer ist je gefragt worden, man schreibt die Lehrpläne vor und basta.

Und wie sieht es heute in den Mittelschulen mit den Lehrmitteln und Büchereien aus? Die Lehrbehelfe der einstigen österreichischen Schulen sind trotz ihres Überreichtums verstaubt und veraltet. In den Schulen herrscht eine große Leere. Die vom Staat versorgten Schulen erhalten für Lehrmittel und den Ausbau von Büchereien wirklich nur einen Pappensiel. Die deutsche Mittelschule Bozen mit 300 Schülern erhielt in einem Jahr Lire 19.000 und das Gymnasium-Lyzeum seit seinem Bestehen überhaupt keine Lira. Mit 10-20 Büchern im Jahr wird keine Lehrer- und keine Schülerbücherei aufgebaut; keine Vorführgeräte sind vorhanden, keine Tonbandgeräte, keine Landkarten, keine physikalischen Geräte, kein chemisches Laboratorium, keine moderne Schuleinrichtung. Tatsache ist, daß sich unsere Schulen mit einem unhygienischen alten Plunder begnügen müssen, wie er nach zwei Weltkriegen übriggeblieben ist. Die Schule ist daher auch in dieser Hinsicht rückständig, aber Gesetze und Paragra-

phen gibt es noch und noch. Herr Präsident, versuchen Sie doch einmal mit diesen Mitteln Schule zu halten, anstatt zu behaupten, es seien bald alle Bestimmungen erfüllt!

Ein weiterer Punkt, den ich streifen möchte, ist die Fremdenverkehrsindustrie in Südtirol. In den « Dolomiten » vom 21. Jänner 1959 ist ein Artikel über die Entwicklung und die Aussichten des Südtiroler Fremdenverkehrs erschienen, gezeichnet von Max Staffler, dem Präsidenten der Südtiroler Hotelierversammlung. Herr Regionalassessor für Fremdenverkehr, die Ausführungen in diesem Artikel müßten Sie allarmiert haben und nicht nur Sie, sondern den ganzen Regionalausschuß! Diese müßten dem Ausschuß bzw. der D.C. einen sehr objektiven, unfehlbaren Weg eröffnet haben, um der Provinz Bozen wirtschaftlich auf die Beine zu helfen. Wir wollen im Lande keine Hilfe für Bankrottunternehmen, wie die Aeromere; wir wollen keine so großzügige politische Wirtschaft treiben wie mit der Trento-Malè-Bahn und wir lehnen auch die tendenziös politische Förderung der Bozner Industriezone ab. Wir wünschen eine gesunde wirtschaftliche Forderung auf reeller Grundlage, vor allem eine Förderung jener Industrie, die bei uns schon vor Jahrzehnten Fuß gefaßt hat und aufgeblüht ist und allen sozialen Schichten Nutzen bringt, und das ist die Fremdenverkehrsindustrie. Herr Assessor, wenn ich die Art und Weise der Fremdenverkehrsförderung für Südtirol durch Ihr Assessorat verurteile, dann ist das nicht so sehr auf Sie gemünzt. Sie haben sich ja in einer Versammlung in Bozen, in der Sie Ihre zweifelhafte Methode der Fremdenverkehrsförderung in Südtirol salomonisch gerechtfertigt haben, jeder Verantwortung entledigt, als Sie erklärten, daß nicht Sie entscheiden, was und wieviel für den Fremdenverkehr getan wird, sondern daß Sie die Richtlinien von der eigenen Parteigruppe diktiert bekommen, daß Sie ferner auf die eigene Wählerschaft Rücksicht nehmen müßten und erst dann auf die Wünsche des Landesfremdenverkehrsamtes Bozen bzw. auf den Verwaltungsrat desselben hören könnten! Das aber Pläne und Vorschläge dieses kompetenten Fachgremiums des Südtiroler Fremdenverkehrs

unterschlagen werden, beweist die Vergangenheit. Nicht Ihnen allein, Herr Assessor, sondern der D.C.-Gruppe und dem ganzen Regionalausschuß werfe ich vor, für eine tendenziöse trentinische Ausrichtung in der Werbung und in der Verwendung der Gelder zu sorgen. Das Landesfremdenverkehrsamt Bozen hat z.B. anfangs 1959 einen Vorschlag eingebracht, der die Gelder für die Winterveranstaltungen, unter anderem auch ein Ansuchen der Universität Padua für eine Skiveranstaltung in Brixen betraf. Das Fremdenverkehrsamt Bozen schlug einen Zuschuß von Lire 300.000 vor, das Assessorat bzw. der Regionalausschuß beschloß nicht weniger als das Sechsfache, d.h. L. 1.800.000, wobei die einzelnen Gesuche vom Assessorat bzw. vom Regionalausschuß direkt ohne Stellungnahme des Landesfremdenverkehrsamtes Bozen erledigt wurden. Außer den unter Art. 134/bis für sportliche Veranstaltungen vorgesehenen Lire 7.000.000 wurden willkürlich weitere Lire 8.000.000 von den Lire 20.000.000 des Gesetzes vom 30. April 1952 Nr. 18 abgezweigt. Dadurch verringerte sich der für allgemeine Werbezwecke zur Verfügung stehende Betrag beträchtlich und für die Verwendung des Restbetrages von Lire 11.950.000 wurde nur zu einem geringen Teil auf die Vorschläge des Fremdenverkehrsamtes eingegangen. Ein zweites Beispiel betrifft einen Vorschlag des Fremdenverkehrsamtes Bozen für die Verwendung der Mittel aus dem Regionalgesetz vom 30. April 1952 Nr. 18. Das Fremdenverkehrsamt Bozen schlägt vor: Neudruck des Südtirol-Führers in deutscher Sprache — 6000 Exemplare, Voranschlag Lire 3 Millionen; Neudruck des Burgenführers in deutscher Sprache — 6000 Exemplare, Voranschlag Lire 3.000.000; Druck eines Winterprospektes 1959/1960, Voranschlag Lire 10.000.000; Druck eines Hotelverzeichnisses 1960, Lire 7.000.000; Zeitungswerbung Lire 2.500.000. Insgesamt also lautete das Ansuchen auf Lire 25.500.000. Von den vorgesehenen 5 Initiativen wurden nur 2 genehmigt, und zwar: Druck eines Südtirol-Führers in deutscher Sprache für Lire 3.000.000 und Pressewerbung für Lire 650.000. Angesucht wurde also insgesamt um Lire 25.500.000, genehmigt wurden Lire 3.650.000. Außerdem wurden mit den für die Provinz Bozen vorgesehenen Mitteln von der Re-

gion folgende Finanzierungen vorgenommen: erstens der Druck des Buches über die Dolomitenstraße, welches anlässlich der Feier des 50jährigen Bestandes der Dolomitenstraße herausgegeben wurde, für Lire 3.000.000. (Da aber dieses Buch alle drei Provinzen in gleichem Maße berücksichtigt, so hätte mindestens das Fremdenverkehrsamt Trient an der Ausgabe in gleichem Umfang beteiligt sein müssen.) Zweitens der Ankauf von Propagandamaterial für Auslagen anlässlich der Feier der Dolomitenstraße. (Auch dieser Betrag hätte mit Trient geteilt werden sollen.) Drittens die Herausgabe von 1000 Exemplaren eines Führers von Bozen in deutscher Sprache. Dieser Führer wurde schon wegen seines Inhaltes — der Text stammt von Dr. Rasmo — vom Landesfremdenverkehrsamt als nicht geeignet abgelehnt und im übrigen ist der Preis von Lire 3.000 pro Band für ein Propagandawerk viel zu hoch. Dazu kommt, daß die Verteilung dieser Bände, die ausschließlich die Provinz Bozen betreffen, nur vom Regionalassessorat aus nach eigenen Gesichtspunkten erfolgt. Zu erwähnen sind noch die Ausgaben für die Übersetzung, Veröffentlichung und Verbreitung der Bände « Le Dolomiti di Gardena e di Fassa » und « Arrampicate celebri nelle Dolomiti » (Lire 2 Millionen). Beide Veröffentlichungen interessieren nur zum geringsten Teil die Provinz Bozen und werbetechnisch wird ihr Wert gegenüber anderen vom Landesfremdenverkehrsamt Bozen vorgeschlagenen Initiativen als viel weniger bedeutungsvoll erachtet.

Nachdem das Südtiroler Gastgewerbe durch den Krieg und die vielen Besetzungen 70% seiner Leistungsfähigkeit eingebüßt hatte, mußten die Gasthof- und Hotelbesitzer versuchen, aus eigenen Kräften und ohne Hilfe öffentlicher Gelder die heruntergekommenen Betriebe wieder instandzusetzen, aber nur wenige waren finanziell in der Lage, dies durchzuführen. Und somit präsentiert sich das Südtiroler Gastgewerbe allgemein in einem veralteten Zustand. Es entspricht bei weitem nicht den neuzeitlichen Anforderungen, geschweige denn, daß es mit anderen Ländern konkurrenzfähig wäre. Südtirol sieht heute die deutschen Gäste, die immer den Hauptteil der ausländischen Besucher ausmachen, nur mehr als Durchreisende. Deshalb

muß eine umfassende Werbeaktion gestartet werden und den Privaten die Möglichkeit geboten werden — so wie es auch bei anderen Wirtschaftszweigen geschieht —, auf- und auszubauen, ihre Räume und Einrichtungen zu modernisieren. Denn wenn heute schon, bei diesen dürftigen Zuständen, der Fremdenverkehr Lire 14 Milliarden, das sind 10% des Volkseinkommens in der Provinz, einbringt, so ist dies ein Zeichen, daß diese Einnahme bei entsprechender Förderung ohne weiteres verdoppelt werden könnte. Wieso weist Südtirol heute nur gleichviel Übernachtungen auf wie 1938, obwohl die doppelte Anzahl von Fremdenbetten vorhanden ist und in Nordtirol 1938 3.300.000 Nächtigungen verzeichnet wurden u. 1958 10.500.000? Wie könnte man der Unterbeschäftigung umfassender und schneller steuern, den Handwerksbetrieben ebenso wie den Geschäftsleuten und auch der bäuerlichen Bevölkerung auf dem Lande, der die Landwirtschaft nicht genügend Existenzmöglichkeit bietet, besser helfen als durch intensive Förderung des Fremdenverkehrs? Allerdings bedarf es hierzu eines radikalen Gesinnungswechsels in Südtiroler Wirtschaftsfragen und ganz besonders einer Umstellung in der Fremdenverkehrspolitik des Regionalausschusses gegenüber Südtirol. In Trient können Sie ja unternehmen, was Sie wollen, können Sie Gelder ausgeben für Großindustrie und Flugzeuge, ohne auf unsere Opposition zu stoßen. Aber lassen Sie der Provinz Bozen was ihr zusteht und maßen Sie sich nicht an, den Vormund zu spielen! Was für die Trentiner Wirtschaft recht ist, muß noch lange nicht für die Provinz Bozen zutreffen. Die Zuweisung von einer Milliarde Lire an das regionale Kreditinstitut für Industriezwecke, eine Beitragsleistung bis zu 50% für die Gemeinden als Kostenbeitrag für die Schaffung von Industriezonen in den größeren Ortschaften und die Bereitstellung von mehreren Milliarden Lire jährlich für öffentliche Arbeiten müssen wir erfahrungsgemäß auf Grund der Willkür, mit der der Regionalausschuß die Gelder verwendet, ablehnen. Der Regionalausschuß hätte ebenso bereitwillig und in ebensolchem Ausmaße für diejenigen Wirtschaftszweige Gelder finden müssen, die uns Südtirolern als gesund erscheinen. Was die Provinz Bozen angeht, soll eben unsere Anschauung als aus-

schlaggebend akzeptiert werden, wobei neben der Landwirtschaft auch dem Fremdenverkehr größtes Gewicht beigemessen werden muß. Erstens hätten deshalb der Regionalausschuß und der zuständige Assessor mehr Gelder für Kurverwaltungen und Verschönerungsvereine zur Verfügung stellen müssen. Zweitens sind unbedingt mehr Kreditmöglichkeiten zu einem tragbaren Zinsfuß für das Südtiroler Gastgewerbe erforderlich. Drittens hätte sich Präsident Odorizzi nachdrücklicher dafür einsetzen sollen, damit der Staat die Gelder auf Grund des Gesetzes von 1948 nach der touristischen Bedeutung der Provinzen verteile, so wie es im Gesetze heißt («secondo l'importanza turistica») und wie es von der parlamentarischen Kommission gedacht war, und nicht nach einem willkürlichen Schlüssel, nämlich im «nationalen Interesse». Und viertens hätte der Regionalausschuß den Vorschlägen des zuständigen technischen Gremiums der Provinz, in diesem Falle des Landesfremdenverkehrsamtes Bozen Rechnung tragen müssen und hätte sie nicht zugunsten der Provinz Trient sabotieren dürfen.

Herr Präsident des Regionalausschusses! Allgemein möchte ich noch folgendes hinzufügen. Im März vorigen Jahres ist es Ihnen gelungen, die faschistischen Vertreter zur Unterstützung des Regionalausschusses zu gewinnen, nachdem Sie dieser bisherigen Oppositionsgruppe durch ein Zusatzprogramm zur Industrieförderung entgegengekommen waren. Die Neufaschisten waren sich mit Ihnen einig, daß die Region verteidigt werden müsse. Durch diese Verbindung und durch die angewandten Methoden sind sich die Vertreter der deutschen Volksgruppe — nicht zuletzt auf Drängen der Südtiroler Bevölkerung — endgültig einig geworden, konsequent darauf hinzuwirken, daß uns das zustehende Recht schnellstens gegeben werde. Das zustehende Recht ist im Punkt 1 des Pariser Abkommens unmißverständlich festgelegt, der ja eindeutig den Schutz der Deutschsüdtiroler vor den Entnationalisierungsmaßnahmen seitens der Italiener bezweckt. Und da dieser Schutz am besten durch eine eigene Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt gesichert wird, bestimmt Punkt 2 des Abkommens daß die Bevölkerung Südtirols eine regionale Gesetzgebung und Exekutivgewalt er-

halten soll. Mit der Erfüllung des Autonomieverprechens hat die Einrichtung dieser Region — wie sie jetzt besteht — überhaupt nichts zu tun. Daß Südtirol, also die Provinz Bozen, in den heutigen Grenzen eine autonome Gesetzgebungsgewalt zu beanspruchere hat, die alle Kompetenzen umfaßt, die für den Schutz des Volkscharakters und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschsprachigen Bevölkerungsteiles notwendig sind, ergibt sich aus den erwähnten Punkten des Abkommens. Das Verhalten der D.C. in der Region, die Nichtbeachtung unserer Rechte, die jüngsten Ereignisse in einigen deutschen Volksschulen, das unverständliche überstürzte Eingreifen der Polizei vor der Pfarrkirche in Bozen, dies alles beweist uns zur Genüge, daß der Großteil der in dieser Region ansässigen Italiener, angefangen von den politischen Instanzen bis zu den Verwaltungsorganen und der Polizei, ihren nationalistischen Geist nicht ablegen können. Umso einiger und entschlossener finden Sie deshalb das Südtiroler Volk, das nur den Weg gehen wird, der es am schnellsten zur Landesautonomie führt. Ein Regionalaus-schuß und eine Regierung, die glauben, an so eitlen und ungerechten Prinzipien festhalten zu können, werden in bezug auf Südtirol Schiffbruch erleiden.

PRESIDENTE: La parola al cons. Trentin. Il regolamento prevede che il consigliere parli dal proprio seggio.

TRENTIN (Segretario questore - D.C.): Chiedo scusa al Consiglio di questa breve interruzione perchè il signor Presidente del Consiglio mi aveva invitato a parlare dal banco della Presidenza. Vorrei ricordare, signor Presidente, che i segretari questori sono stati invitati l'anno scorso a parlare dagli scanni del Consiglio. Penso che sia più opportuno così perchè si può guardare in faccia e rivolgersi direttamente alla Giunta, anzichè parlare di schiena.

Signor Presidente, anche il mio intervento non è di natura politica, ma un richiamo al bilancio come tale, e penso altrettanto utile delle lunghe discussioni e argomentazioni politiche che abbiamo sentito finora in questo ampio dibattito. Fino a

questo momento però non abbiamo sentito che critiche aspre, pesanti, qualche volta poco corrette o irriguardose, rivolte alla sua persona, alla Giunta e al nostro partito. Nessun consigliere e nessuno schieramento politico, all'infuori del collega Segnana e del dottor Perini, hanno avuto parole di riconoscimento e di solidarietà verso la sua persona e verso l'operato dell'esecutivo; e non mi sembra giusto, in un dibattito così importante com'è quello del bilancio, andare soltanto alla ricerca di quello che non è stato fatto o denunciare tutto come un non risolto o come un completo fallimento, e ciò anche da parte di coloro che fino a poco tempo fa hanno condiviso con noi le medesime responsabilità, quelle responsabilità che oggi ci rinfacciano. Quindi l'accusa che viene rivolta alla Giunta e al nostro gruppo politico per una politica fredda, cinica, pazzesca, tendenziosa, come abbiamo sentito dire amaramente da parte di taluni consiglieri della S.V.P., questa accusa non l'accetto; non l'accettiamo e la respingiamo. Non dimentichiamoci però che la gente che sta fuori di quest'aula — e si tratta della gente umile e la più numerosa, quella fatta di contadini e di operai, — ragiona in questo modo: voi perdetevi troppo tempo in lunghe discussioni e polemiche; noi vi abbiamo mandati là, specialmente perchè interpretiate i nostri bisogni ed i nostri problemi e soprattutto perchè li risolviat.

Il dottor Pedrini, nel suo ampio interessante intervento ci ha abbondantemente esposto delle ricche cifre sul progresso continuo della nostra agricoltura; non mi ripeterò quindi con dati e percentuali sul bilancio che più mi riguarda: quello dell'agricoltura. Questo bilancio che ci sta dinanzi, è da considerarsi positivo vuoi per la disponibilità finanziaria, vuoi per le disposizioni dei vari interventi intesi non come una beneficenza o elemosina, perchè sono studiati e preordinati in un piano di sviluppo progressivo e di miglioramento continuo delle condizioni generali del ceto agricolo.

Abbiamo, ed è bene, il consolidamento di una visione, di una panoramica dei problemi generali che travagliano ed interessano l'agricoltura: il programma che è stato fin qui attuato ed i binari sui quali vengono dirottati gli interventi finanziari, sono quelli indicati dal « Piano Verde » recentemen-

te approvato dal Consiglio dei Ministri ed ora alle Camere; piano che prevede il potenziamento ed il miglioramento delle strutture: la proprietà contadina, la riduzione dei costi di produzione, la difesa della produzione e la qualificazione professionale; incentivi per promuovere un vasto miglioramento generale, fondiario, irriguo, creditizio, per promuovere l'efficienza produttiva in genere attraverso la ricomposizione delle proprietà polverizzate, l'impiego di sementi selezionate, fertilizzanti, antiparassitari, mangimi, macchine, zootecnia d'alta genealogia, risanamento del bestiame, l'eliminazione delle colture antieconomiche, la costruzione delle attrezzature per la conservazione dei prodotti, la difesa dei costi alla produzione e al consumo ed infine l'assunzione di un migliaio di nuovi tecnici per rendere efficace e completa l'assistenza. Le linee di questo « Piano verde » coincidono, come si vede, perfettamente con l'attuale impostazione; esse pertanto ci lasciano tranquilli e soddisfatti: la nostra Regione ha, direi, precorso i tempi del Piano; del resto, le continue attestazioni di stima di persone esperte e qualificate, nazionali ed estere; le numerosissime comitive di visitatori che si recano da noi durante l'estate e l'autunno e che provengono dal Veneto, dal Piemonte, dalle Marche, dall'Umbria e dalla Lombardia, sono per il generale riconoscimento d'un programma chiaro, concreto e organico e per un invidiato successo dell'autonomia regionale.

Che tecnicamente e produttivisticamente la Regione abbia precorso il Piano, lo dimostrano il nostro crescente miglioramento delle produzioni e delle medie unitarie, le strutture ricettive (cantine, magazzini ecc.) della cooperazione, dell'irrigazione, il perfezionamento ed aumento degli allevamenti, il risanamento in corso del bestiame ammalato, della meccanizzazione.

È vero anche che vi sono ancora delle zone d'ombra, specialmente nella provincia di Trento; inevitabili del resto, di fronte all'ampiezza dei bisogni e delle domande; settori nei quali o l'intervento è stato piuttosto scarso o andava dirottato più in una direzione che in un'altra. Per il futuro queste zone dovranno essere aiutate con larghezza di mezzi, se vogliamo evitare, non il naturale ed auspicato alleggerimento della mano d'opera ru-

rale, ma l'allontanamento precipitoso dalla campagna, delle forze più valide, quelle che hanno la vocazione e l'amore alla terra: i giovani.

Se dobbiamo svecchiare l'agricoltura, non dobbiamo invecchiarla col sottrarle le forze migliori, altrimenti avremmo fatto un pessimo investimento del denaro; l'esodo infatti ci crea un sacco di nuovi problemi.

Sugli stanziamenti che a suo tempo recepiremo dal Piano verde, penso che la Regione possa soddisfare senz'altro e per primo le molte domande di mutuo o contributo che sono magari da anni sui tavoli dell'Assessorato. Notevoli stanziamenti si dovranno destinare alla meccanizzazione; a proposito di questa si dovrebbero differenziare — l'ho ricordato lo scorso anno — tra di loro le zone, quelle meccanicamente sature da quelle sprovviste, o bisognose e arretrate.

Ci sono, signor Presidente, dei paesi, dei circondari, dove non si trova ancora una motopompa, o un trattore o una motofalciatrice; la povertà generale delle popolazioni e la frammentarietà delle aziende non consentono la spesa per l'attrezzatura più elementare; in questi casi, egregi colleghi, la macchina bisogna darla in dotazione gratuitamente o concedere forti contributi sull'acquisto; i mutui più agevolati, come sarebbero quelli previsti dalla 949 (5 anni al 3%), non vengono utilizzati per l'insufficienza o la mancanza delle inevitabili garanzie. In simili casi si deve proprio fare come in certi paesi del Mezzogiorno: attuare con coraggio una riforma in grande stile. E come per le macchine, le considerazioni, le raccomandazioni possono valere per i miglioramenti fondiari, le bonifiche dei terreni di fondo valle e l'irrigazione; altrettanto attesi sono gli aiuti per la costruzione o il miglioramento della casa rurale.

Mi sembra giunto il tempo di uscire con una legge per l'edilizia rurale, sulla quale si intrattene ampiamente lo scorso anno il collega Salvadori, il quale ha auspicato questa legge.

Uno dei mezzi più efficaci poi per stimolare e difendere lo sviluppo dell'agricoltura, è di accompagnare agli incentivi lo sviluppo della specializzazione dei giovani; anche in questo senso siamo all'avanguardia del n/s Paese. È però necessaria una revisione organica di tutta la materia che

riguarda l'istruzione professionale. In diverse riunioni e congressi — ad uno era presente anche lei, signor Presidente — abbiamo sentito reclamare dai nostri contadini meno contributi, ma più istruzione ed assistenza.

Dobbiamo riconoscere che i nostri tecnici sono all'altezza del loro compito; purtroppo sono scarsi di numero rispetto ai bisogni e alle domande.

So che dovrebbero essere banditi prossimamente i concorsi per l'assunzione d'una trentina di tecnici-esperti: io la prego, signor Presidente, di farlo al più presto. Durante quest'anno funzioneranno nella Provincia di Trento n. 30 club dei 3P, i quali non potranno avere quell'assistenza e quell'istruzione che i giovani desiderano. I tecnici devono poi essere messi in condizione di potersi muovere continuamente e di essere aggiornati nella scienza; nessuna condotta agraria dovrebbe essere sprovvista di automezzo, le trasferte non devono essere assegnate col contagocce. D'accordo per evitare gli abusi, per un controllo severo di come vengono amministrati questi fondi; perchè non capiti, come è avvenuto, che esauriti i fondi, i tecnici non possano muoversi, magari nella stagione più propizia per avvicinare i contadini.

Ma se è urgente l'assunzione di nuovi tecnici-periti, altrettanto raccomandabile è il coordinamento delle singole iniziative. Mi riferisco particolarmente alla organizzazione dei corsi, organizzati e finanziati dai vari enti ed associazioni. In Provincia di Trento vi sono diversi enti che o indipendentemente fra di loro o qualche volta addirittura in contrasto, promuovono iniziative, che, se sono ben intenzionate, difettano però di organizzazione, praticità ed economicità, tanto da avere per esempio in un paese due corsi finanziati da due enti diversi, lasciando magari sprovvisto un paese che avrebbe avuto molto più bisogno. Si tratta di corsi organizzati dalle Acli, dall'Unione Contadini, dall'Ispettorato Agrario, dall'INIPA, dalle Aziende agrarie ecc. e che hanno bisogno di essere coordinati da un unico ente, che abbia la responsabilità organizzativa e finanziaria dell'istruzione professionale; questo ente deve essere la Provincia, sotto la cui competenza e vigilanza si dovrebbe muovere l'istruzione professionale, a mezzo di un apposito

comitato o consulta, presieduta dall'Assessore competente per l'istruzione professionale, al quale comitato dovrebbero essere demandati i compiti che svolgono gli attuali gestori dei corsi. Questi organismi dovrebbero essere riuniti prima della programmazione dei corsi, per concordare, definire il piano dei corsi, la località ed il territorio dove si svolgono, la qualità del corso, la durata ed il finanziamento. La Regione, a mio modo di vedere, dovrebbe assumere i tecnici che potrebbero essere incaricati e mandati alla Provincia. Il problema in pratica sembra forse un po' complesso e difficile da attuare, ma penso che con un po' di buona volontà e con la collaborazione di tutti può essere risolto.

Concludendo, mi dichiaro anche quest'anno soddisfatto del bilancio e soprattutto raccomandando di tenere in considerazione quelle alcune raccomandazioni che le ho rivolto, soprattutto quelle che riguardano l'assunzione di nuovi tecnici e l'aiuto rivolto alle zone più sprovviste e più arretrate.

PRESIDENTE: Ha la parola il cons. Vinante.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): Signor Presidente, signori Consiglieri, gli oratori che si sono succeduti prima di me hanno in sostanza illustrato le posizioni dei singoli gruppi di fronte alla difficile situazione creatasi in Alto Adige, mantenendo il dibattito su un piano puramente politico, senza affrontare gli argomenti più strettamente economici inerenti al bilancio. Ora, se è innegabile l'importanza politica di questo bilancio, date le particolari circostanze, non si può trascurare o dimenticare la sua importanza di fronte all'economia di tutta la Regione. Dobbiamo dunque tener ben presente che tutti i settori economici della Regione sono legati a questa discussione, e che la nostra gente attende che questo bilancio ad un certo punto possa entrare in funzione con degli interventi efficaci e idonei alla risoluzione dei singoli problemi e alla realizzazione delle varie iniziative economiche.

Pertanto, pur riconoscendo l'importanza preminente all'argomento politico, ritengo che sia anche giusto e doveroso entrare nella discussione del

bilancio per quanto si riferisce alle attività di natura economica.

In ogni cosa nuova noi dobbiamo riconoscere l'esistenza di difficoltà, di sorprese, di incognite. Ogni iniziativa che si presenta al nostro sguardo e che ha una origine nuova, incontra degli ostacoli. Così anche la Regione, specialmente sul nascere, ha manifestato delle notevoli difficoltà. Difficoltà di natura organizzativa: mancanza di conoscenza dei problemi, delle necessità e delle esigenze, mancanza di elementi di giudizio sui vari argomenti. Dobbiamo dire che in parte, malgrado queste difficoltà, i problemi sono stati risolti più o meno bene, secondo il convincimento della maggioranza; in parte però sono rimasti insoluti, sono rimasti allo stato primitivo, e questo naturalmente è dovuto a molteplici ragioni. Una di queste però la dobbiamo attribuire alla visione politica dei due partiti di maggioranza; al fatto che ogni argomento, per ottenere l'introduzione in questo Consiglio con successiva discussione e approvazione, doveva aver ottenuto in precedenza l'accordo dei due gruppi. Se questo non avveniva in senso preventivo, se cioè non sorgeva l'accordo dei due gruppi di maggioranza, gli argomenti venivano accantonati, e ne sono stati purtroppo accantonati e insabbiati molti. Le proposte delle minoranze — e credo che non si possa disconoscere la loro importanza in certi determinati casi anche dove si è manifestata la positività e la obiettività di queste proposte — scarsamente sono state accolte, raramente sono state accettate. Le minoranze hanno sempre cercato di portare un contributo positivo alla soluzione dei problemi, specialmente quelle minoranze che hanno riconosciuto nella autonomia uno strumento di benessere per le popolazioni, e hanno cercato di inserire la loro attività nella risoluzione dei problemi, che dovevano rispettare l'applicazione dello Statuto ed ottenere un risultato positivo nella manifestazione di tutti i problemi autonomistici.

L'autonomia avrebbe dovuto conseguire un accordo fra i due gruppi etnici, avrebbe dovuto trovare il modo di un avvicinamento dei gruppi etnici, quasi, vorrei dire, una concordia nella risoluzione dei vasti problemi della Regione Trentino-Alto Adige. Il risultato — e noi lo abbiamo visto manifestarsi evidente in questi giorni di dibattito

in Consiglio Regionale — il risultato non è stato certo positivo. Si è visto che l'atteggiamento dei vari gruppi si è dimostrato decisamente in contrasto con i risultati che ci si attendeva, cioè l'accordo, l'avvicinamento e la concordia dei gruppi etnici. Questo naturalmente penso non possa essere attribuito ai gruppi di minoranza. Non penso si possa misconoscere, specialmente a quei gruppi di minoranza che, come ho detto prima, hanno visto uno strumento di benessere nell'autonomia, il tentativo di creare un'atmosfera di possibile accordo; ma i gruppi di maggioranza si sono sempre dimostrati insensibili e refrattari alle proposte delle minoranze, ed oggi purtroppo ci troviamo in una situazione di estrema difficoltà.

Soprattutto dobbiamo considerare che l'autonomia avrebbe dovuto avere una funzione importante, notevole, oltre che nella necessità del rispetto e della difesa dei gruppi etnici, anche nel portare, nei confronti delle popolazioni, un senso di benessere, un senso di sollievo alla risoluzione dei vari problemi. Se fosse stata vista in questa funzione, l'autonomia indubbiamente avrebbe avuto ben altra importanza. Quanti autonomisti, che in un primo momento, quando si è iniziata l'attività dell'autonomia, circa 10-11 anni fa e anche prima si sono battuti con generosità e con slancio per ottenere il riconoscimento di questa autonomia, oggi non considerano più con quell'entusiasmo, con quel favore questo strumento, appunto perchè non ha dato quelle prove e quei risultati che ci si aspettava! E dobbiamo dire questo, che la nostra gente è anche consapevole della necessità di riconoscere le difficoltà, ha una notevole dote di tolleranza nei confronti degli organi responsabili anche se la realizzazione dei problemi, la realizzazione dell'iniziativa subisce qualche ritardo. Però quando il risultato si dimostra negativo, allora subentra la sfiducia. E la sfiducia, quando è subentrata nella nostra gente, porta purtroppo a quelle situazioni che possono diventare poi intollerabili.

Oltre naturalmente alle finalità di accordo, di vicendevole comprensione nei confronti dei gruppi etnici, l'autonomia ha un'altra funzione, che forse nei confronti della popolazione è più sentita, più radicata: cioè portare un contributo di benessere nella vita di queste popolazioni. Questo è sen-

tito dalla popolazione. Ma se l'autonomia non riesce a trovare una soluzione di compromesso, a risolvere in senso positivo, tutto viene intralciato: le difficoltà aumenteranno, si creeranno sempre più disagi, ed allora la sfiducia subentrerà e si affermerà ancora con maggiore consistenza.

Con l'autonomia la popolazione si aspettava un contributo di miglioramento delle condizioni di vita, un soffio di benessere, una maggiore possibilità nello sviluppo economico, uno sfruttamento maggiore delle risorse locali, anche nei più lontani e dimenticati centri della Regione, i quali avrebbero dovuto sentire un riflesso benefico, avrebbero dovuto sentire una maggiore dimostrazione dell'esistenza di questo nuovo strumento. Non so se il signor Presidente della Giunta possa dire che questo benessere è stato riscontrato anche in quei centri lontani, in quei centri che si trovano in situazioni difficili. Non lo credo; personalmente non mi sento di poter riconoscere che effettivamente si sia diffuso in tutta la Regione ed in tutto il territorio della Regione, in tutte le zone, un senso di benessere portato da questo strumento autonomistico.

Già fin dai primi anni dell'esistenza dell'autonomia avevo rilevato la necessità che là soprattutto era imposto, là soprattutto si manifestava il dovere di arrivare attraverso interventi fatti in forma equitativa e distributiva, e soprattutto perchè appunto in quei determinati centri si risentono maggiormente le difficoltà. Difficoltà e disagi che sono dati dallo scarso reddito, dalla lontananza dai grandi centri, e quindi la percezione del progresso arriva sempre con notevole ritardo, da scarsi mezzi di comunicazione, oggi per la verità un po' migliorati, da limitate possibilità di sfruttamento delle proprie possibilità e dei propri mezzi per mancanza di dotazione, di fondi e di mezzi ed anche per mancanza di iniziative. Quindi non credo che si possa affermare con tranquillità che la Regione abbia cercato e abbia per lo meno potuto o voluto intervenire in rapporto alle esigenze, in rapporto alle necessità, anche nelle lontane vallate periferiche.

Tutta la Regione Trentino - Alto Adige è considerata zona alpina; però abbiamo delle zone che hanno una situazione economica diversa, con disu-

guaglianza di reddito e di possibilità di sfruttamento e di ricchezze. Quindi deve sussistere la necessità della creazione di interventi di pubbliche possibilità, di pubblici mezzi con una visione più organica, una visione più equitativa, dopo un'analisi profonda, dopo una considerazione più realistica. La Regione Trentino - Alto Adige è stata considerata come zona alpina, però credo che non si possa affermare la suddivisione delle zone montane della Regione Trentino - Alto Adige in forma assoluta, altimetrica, perchè è logico che bisogna tenere conto anche delle necessità e dei bisogni che sono creati da particolari situazioni. Però una considerazione che non possiamo dimenticare è che un quinto del territorio della parte alta della zona montana è dato da roccia, da terre improduttive, da ghiacciai, a man mano che si scende si riscontrano delle zone con maggiore possibilità di produzione, quindi una possibilità maggiore di benessere. Ecco pertanto che, pur ammettendo quelle necessarie eccezioni, noi dobbiamo suddividere la Regione Trentino - Alto Adige nella bassa, media ed alta montagna.

Recentemente a Trento si è svolto un convegno interessante, promosso dalla Camera di Commercio, sotto il patrocinio della Regione Trentino - Alto Adige. Normalmente, attraverso i convegni di studio, di esame e di considerazione si dovrebbe arrivare ad un risultato, cioè stabilire una situazione economica, se il convegno è fatto su argomenti economici, e intervenire in rapporto ai risultati di questo convegno, in modo da far sì che non sia solo un'occasione per riunire delle personalità, ma sia fatto seriamente nell'intento di sfruttare questi convegni nell'interesse della propria gente e delle popolazioni. Il convegno è stato effettuato per l'esame della politica, di una politica di sviluppo economico della Regione alpina. Questo è stato l'argomento, questo è stato il tema del convegno che si è tenuto a Trento. A questo convegno sono state presentate interessanti relazioni che hanno sviluppato dei concetti di economia agrario-montana, che hanno cercato di individuare le cause della depressione economica ed hanno proposto delle iniziative per risolvere questa situazione. Lo scopo del convegno, come ho detto prima, era quello di porre

allo studio la necessità di elevare i redditi minimi ed insufficienti delle zone montane considerate depresse; precisare la situazione economica alla luce degli elementi più precisi possibili; indicare le prospettive di sviluppo e i mezzi per risolvere la grave situazione. A questo convegno hanno partecipato delle personalità politiche, degli esperti in economia, delle personalità del campo industriale, e, come ho detto prima, sono state presentate delle interessanti relazioni.

Da tutti i relatori, vorrei dire, è stato ammesso che le condizioni della gente della montagna sono realmente difficili; tutti lo hanno affermato. Non voglio credere che si sia fatta un'affermazione precisa solo per la soddisfazione di parlare, ma credo che le affermazioni fatte in questi convegni ufficiali devono avere quale fine quello di trarre delle considerazioni, trarre delle conseguenze, e si è riconosciuto che effettivamente in certe zone esiste ancora una vita primitiva, che il progresso non dà segni di vita, che l'economia è bloccata.

Ho detto che a questo convegno hanno partecipato anche delle personalità politiche, fra le quali il Sottosegretario Spagnoli, il quale ha considerato la necessità di un maggiore intervento nei confronti della zona alpina, ammettendo che per le zone del Meridione si sono fatti degli interventi più consistenti. Ha riconosciuto, il Sottosegretario Spagnoli, che il progresso della regione alpina si inquadra nel processo di integrazione economica europea, e nella applicazione dello schema Vanoni. Il sen. Spagnoli, e consentitemi che io possa leggervi qualche parte del suo intervento, a un certo punto ha detto: « Ma ai riconoscimenti relativi all'esistenza anche nel Centro-Nord di zone che per una serie di circostanze, specialmente naturali, denunciavano caratteristiche assai marcate di arretratezza economica e deficienze strutturali, non ha corrisposto, in questo secondo tempo, un parallelismo di provvidenze, così come si era verificato inizialmente; e cioè alla politica di incentivi, allo sviluppo di nuove fonti di lavoro e di reddito predisposte per il Meridione ha corrisposto sostanzialmente, per il Centro-Nord, pressochè una proroga o poco più delle provvidenze già disposte al fine di consentire il completamento di opere pubbliche già iniziate e di cominciarne delle nuove ».

Naturalmente lui ha completato il suo intervento, e la sua conclusione è stata questa: « Mi è grato sperare ed augurare che da questi lavori nascano indicazioni tali, da consentire la soluzione effettiva dei problemi che determinano l'arretratezza economica di molte delle nostre valli, sentendo nell'animo afflitto riecheggiare il grido di Pio XII: « Guai a chi dimentica che una vera società nazionale include la giustizia sociale, esige una equa e congrua partecipazione di tutti ai beni del paese ».

Questo richiamo fatto dal Sottosegretario Spagnoli, io naturalmente lo vorrei sottolineare alla Giunta perchè ne consideri la portata nell'esame dei suoi interventi nei confronti delle varie zone.

La relazione più importante che è stata presentata in quel convegno è stata senz'altro, almeno dal mio punto di vista, quella del prof. Dario Perini, ordinario di economia agraria dell'Università di Pisa. Egli ha presentato una relazione sulle linee di sviluppo dell'economia agraria alpina. Consentitemi di richiamare brevemente tale relazione e di riportarne le fasi più importanti, naturalmente riassumendo quelli che sono stati i concetti del prof. Perini, che, per la verità, non è che abbia portato delle grandi novità, non è che abbia portato delle grandi risoluzioni, delle proposte sbalorditive; in sostanza e in gran parte ha affermato quello che avevamo affermato noi. Ma penso che forse detta relazione, suffragata da una competenza maggiore, dotata di dimostrazioni più positive, abbia maggiore possibilità di influenzare la Giunta su quelle che sono le proposte fatte dal prof. Perini, e che noi, noi tutti del Consiglio, abbiamo riassunto e riportato in questa sede da molti, molti anni ma che non sono valse a indurre la Giunta ad affrontare i problemi in rapporto a quelli che sono i bisogni e le necessità.

Il prof. Perini divide la sua relazione in due punti: prima ha considerato la realtà viva della economia agraria alpina, e in secondo luogo ha cercato di individuare quali direttrici di sviluppo sono sollecitate dai pubblici interventi. Anche il prof. Perini ha ritenuto necessario di suddividere la montagna in unità territoriali più ristrette, tenendo conto non solo del fattore altimetrico ma anche di altri fattori, fra i quali la produttività rappresen-

tata da seminativi, boschi e pascoli, che gli hanno consentito di suddividere in settori abbastanza omogenei la montagna, cioè l'alta, media e bassa montagna; il che d'altro canto trova una equa indicazione e proporzione tra il rapporto altimetrico, produttività e condizione di vita della popolazione.

Il prof. Perini riconosce il perno dell'economia agricola montana nell'attività silvo-pastorale, e soprattutto nella media ed alta montagna, ed invece le aree lavorabili nella bassa montagna. Dobbiamo però ammettere che più della metà del territorio e della superficie del territorio è costituito dalla media ed alta montagna, e che circa i quattro quinti della superficie del territorio della zona alpina sono dati da queste due determinate zone. La spina dorsale delle aziende agricole della montagna, la spina dorsale dell'economia montana è data dalla zootecnia, che rappresenta circa il 70-90 % del valore lordo prodotto dalle stesse. « L'economia zootecnica è in grave flessione », dice il prof. Perini. Ma non dice niente di nuovo, perchè tutti qui abbiamo riconosciuto che veramente riscontriamo una preoccupante flessione zootecnica, flessione che è data in modo particolare dallo scarso reddito. È necessario quindi che noi vediamo di porre il dito sulla piaga e cercare di trovare altre fonti di reddito e nello stesso tempo cercare di aiutare questo settore economico, che oggi veramente dà una vera preoccupazione.

Un altro argomento pregiudiziale, noto e stranoto, detto anche in questa sede, è l'eccessivo frazionamento, la dispersione particellare. Questo rappresenta un'agricoltura povera; l'abbiamo ancora detto, ma credo che sia necessario ripeterlo, perchè viene ripetuto con le parole di quell'economista che al convegno di Trento, secondo anche la considerazione di altri, ha dato un risultato veramente interessante. Indica quindi, questa eccessiva polverizzazione e frazionamento delle proprietà, un'economia povera che non consente delle possibilità coraggiose di sviluppo, un'economia oberata da altissimi costi. Nelle zone montane, soprattutto nella media e nell'alta montagna, la proprietà silvo-pastorale è in gran parte proprietà di enti pubblici, Stato, Comuni, Province e Regione, e solo su parte di essa viene riconosciuta la partecipazione da parte delle popolazioni esistenti sul luo-

go. Per cause dovute allo scarso reddito, il prof. Perini dice: « Noi assistiamo ad un preoccupante abbandono delle attività silvo-pastorali ». L'abbiamo detto anche noi, ma naturalmente è necessario che lo ripetiamo. Quindi che cosa succede? Succede un aggravamento del fenomeno dello spopolamento della montagna e un aggravamento dell'urbanesimo. È una situazione che si verifica in tutte le zone alpine, in tutte le Alpi, ma soprattutto nell'alta montagna, dove si riscontrano delle zone quasi completamente abbandonate.

Questo fatto deve richiamare l'attenzione dei legislatori e degli amministratori, deve richiamarli alla necessità di un reale intervento, di una reale analisi delle situazioni che si sono create, perchè se questo avesse da aggravarsi, come tutto lo dimostra, come tutto è in favore della dimostrazione dell'aggravarsi di questa situazione, noi assisteremmo al tramonto, all'abbandono decisivo di tutte queste determinate zone. Nelle zone di montagna, noi abbiamo un'affermazione industriale molto, molto limitata. Lo possiamo anche comprendere perchè la possibilità di una affermazione industriale deve avere come presupposto determinati requisiti: l'ubicazione, la posizione geografica, i mezzi di comunicazione, i costi di produzione. Questo lo possiamo anche condividere, ma dobbiamo anche ammettere che in determinate situazioni sarebbe possibile, con maggiori e approfonditi accertamenti, introdurre in queste zone delle piccole e medie industrie. Ma non so se veramente la Giunta — e qui vorrei rivolgermi all'Assessore — segua le cose con la sensibilità richiesta, perchè non so se le notizie che mi sono pervenute, abbiano una ragione realistica o se sono solo delle invenzioni, ma mi si dice che questo fatto è trascurato anche nei centri, in quanto vorrei citare un caso — del quale, come ripeto, signor Assessore, non ho la dimostrazione dell'autenticità delle mie affermazioni — ma si dice che anche recentemente la Michelin cercava di portare a Trento un'innovazione ed un ampliamento della propria azienda con un contributo di circa 400 o 500 unità lavorative e non si è avuto da parte degli organi regionali e comunali quella sensibilità di riconoscerne l'importanza. Non so se sia vero, ma questo dimostrerebbe che non solo si trascura la necessità di portare nelle zone, nelle

vallate, il bisogno di una maggiore industrializzazione, ma si verificherebbe eventualmente il fenomeno proprio nei centri urbani.

L'artigianato resiste per il suo valore artistico, per la apprezzabilità della sua produzione, ma l'artigianato non risolve il problema di vita della gente; è un settore abbastanza delicato ed interessante, ma non è quello che possa eventualmente risolvere la necessità della nostra gente.

Unica fonte riconosciuta da tutti i relatori, da tutti coloro che sono intervenuti in quel convegno è data dal turismo; questa è la fonte e la promessa del domani; il turismo rappresenta un po' il toccasana delle zone alpine della Regione Trentino-Alto Adige. Io vorrei rimandare l'analisi della situazione del turismo a prossimamente, completando quello che è stato l'intervento del prof. Perini per quanto riguarda l'agricoltura montana.

Nel quadro della questione zootecnica il prof. Perini dice che è necessario intervenire in forma massiccia nei confronti del miglioramento dei pascoli montani, porre un argine alla frantumazione della proprietà; perchè questo in Italia non avviene. Noi vediamo in diversi altri stati, in Svizzera, in Austria e Germania dove effettivamente la polverizzazione è combattuta, dove effettivamente è frenata alla radice, mentre da noi l'intervento rimane solo al momento un'espressione di buona volontà, che però non si traduce in pratica. Noi vediamo che la legislazione di quegli stati si rifà a delle disposizioni in sede di eredità, di successione, e anche come interventi in sede di assetamento. L'Italia rimane quasi sempre alla formulazione dei voti. Ho letto, per quanto riguarda questa parte, un interessante studio e una parziale realizzazione fatta dal signor Giulio Cesare Faccini. Questi ha fatto uno studio sulla ricomposizione particellare ed ha citato anche un interessante intervento pratico, che, secondo le conclusioni del signor Faccini, si è dimostrato positivo. Mi permetto di citare le conclusioni del dr. Faccini. Dice: «Prima del riordinamento di una situazione esistente in Alto Adige, le ditte proprietarie erano 24. Durante il periodo preliminare di propaganda si ebbe un primo risultato positivo per cui una delle ditte proprietarie di un modesto appezzamento ne effettuò la vendita al proprietario limitrofo talchè il

numero delle ditte scese a 23. Si tentò, ma inutilmente, di persuadere la ditta proprietaria del fondo 6 (mq. 745) di effettuare la vendita, il che sarebbe stato di notevole utilità per una migliore riuscita del piano». Quindi ci si dimostra che esistono delle difficoltà per questa riunificazione, ma che non sono insuperabili, perchè ad un certo momento dice: « Il numero degli appezzamenti frammentati che, prima, erano di 29, è stato ridotto a 24, in guisa che ogni proprietario ora possiede un solo fondo o, al massimo, due; la forma degli appezzamenti ha subito radicali miglioramenti, in quanto ora si avvicina a quella ideale, quadrata o rettangolare; tutte le dannosissime servitù di passaggio sono state abolite: tutti i proprietari possono accedere, ora, ai rispettivi fondi col trattore; la superficie degli appezzamenti, prima fortemente accidentata, è ora ben sistemata. La estesa rete dei canali in cemento permette di irrigare razionalmente con l'impiego di un quantitativo di acqua pari ad un terzo di quella prima necessaria». Fa poi il conto, fa l'analisi dei costi che, stando naturalmente alla parte di unificazione, rappresenta circa un milione e 500 mila lire. Se teniamo conto della bonifica che è stata fatta, il rapporto è maggiore, si arriva a 5.183 mila. Ma alla fine conclude con il dire: « Noi abbiamo riscontrato in questa operazione dei grandi benefici: beneficio derivante dalla riunione in un unico appezzamento di più appezzamenti separati e discosti; beneficio dovuto alla eliminazione totale delle servitù di passaggio che, di fatto, gravavano sui fondi prima del riordino; beneficio derivante dalla migliorata forma dell'appezzamento; beneficio derivante dalla conseguita riduzione dello sviluppo delle linee di confine ».

Quindi la conclusione del dr. Faccini, che ho letto attentamente e che mi è piaciuta, dimostra che si è fatto un piccolo tentativo nell'Alto Adige, che ha dato risultati positivi, a meno che non mi si dimostri il contrario, ma che si è poi limitato a questo.

Però ora vorrei dire al signor Presidente e alla Giunta che questo esperimento non deve rimanere solo un esperimento isolato, senza continuità, perchè solo attraverso la continuità di questa attività si può arrivare a frenare, o per lo meno

a rimettere in sesto quella che è una delle maggiori preoccupazioni della attività agricola della Regione.

L'anno scorso, ricordo, c'è stato il cons. Plaikner il quale ha fatto l'esposizione di un'azione in profondità fatta, mi pare, in Austria, la quale ha dato, se non erro, dei risultati positivi. È necessario quindi che verso questa direzione e verso questa attività noi dedichiamo il nostro interessamento e la nostra attività, ma non solo con delle manifestazioni verbali, ma con fondi che bisogna mettere a disposizione.

Nel campo della zootecnica — e ho finito la parte del prof. Perini — egli raccomanda soprattutto la selezione del bestiame, lotta delle malattie, risanamento del bestiame, miglioramento delle stalle. In sostanza, non dice niente di nuovo, però penso che se ne ha fatto oggetto di studio, di analisi, di esposizioni in un convegno della portata di quello citato, vuol dire che queste situazioni esistono e permangono e non sono affrontate con quella decisione che è richiesta per risolvere il problema della situazione delle zone alpine. Cito fra il resto, mi pare l'abbia detto anche il signor Presidente della Giunta, una legge dello Stato per il miglioramento zootecnico del 1957, che ha stanziato 9 miliardi in favore della zootecnica, e che non ha operato nella regione Trentino - Alto Adige. Ora questo naturalmente è un fatto che dovrebbe preoccupare o penso che anche i nostri Parlamentari quando stanno discutendo delle leggi, dovrebbero anche un po' più interessarsi di questi problemi e non vederci esclusi dalla partecipazione di benefici e, dopo, essere costretti a sollevare queste recriminazioni. Chiedo al Consiglio che voglia concedermi la possibilità di dire quali sono state poi le conclusioni del prof. Perini nella sua lunga relazione; conclusioni che, ripeto, io condivido e apprezzo e ammiro ma che, in sostanza, non dicono molto di nuovo; ma viceversa dice una grande verità questa relazione. « In sostanza, sulla posizione economica della stragrande maggioranza delle aziende agrarie alpine, si può osservare: — che l'esercizio dell'agricoltura e degli allevamenti animali, realizzato con enorme dispendio di energie e insuperabilmente condizionato da fattori ambientali non modificabili e dalla estrema piccolezza del-

l'azienda produttrice, è suscettibile di redditi fra i più bassi; — che, in queste condizioni, è solo possibile un tenore di vita che è tipico delle cosiddette aree depresse; — che la gestione dell'azienda e, con essa, l'economia familiare, hanno come tratti distintivi la permanente illiquidità e la cronica incapacità al risparmio. Il quale, se presente, è conseguito a prezzo delle più dolorose rinunce, oppure, di regola, è di origine extra terriera ».

In un'altra parte il prof. Perini dice: « È del pari non dubitabile che la stessa economia non potrà riprendersi nel solco delle antiche tradizioni, ma, per risorgere e svilupparsi, deve trovare altre strade, meglio consone all'ambiente in cui si svolge e meglio adeguate alle esigenze dei moderni indirizzi dell'economia generale, cui la montagna non può e non deve sottrarsi. Occorrono perciò revisioni di strutture, di ordinamenti; occorrono generosi stimoli che aiutino i rurali della montagna a spezzare la chiusa cerchia in cui si dibattono senza speranza ».

Io posso anche annoiarvi, signori Consiglieri e signor Presidente, però queste sono parole che vengono scolpite, che rappresentano una realtà e che affermano una reale situazione, a combattere la quale non si sono dedicati i mezzi corrispondenti.

Dice poi il prof. Perini: « A mio modo di vedere i punti d'intervento dello Stato ed in genere degli enti pubblici si possono schematicamente indicare come segue:

- a) interventi sulle proprietà pubbliche e private per la conservazione ed il miglioramento del patrimonio boschivo-pastorale;
- b) interventi sulla sola proprietà fondiaria privata, e quindi:
 - sulle strutture delle imprese
 - sugli allevamenti
 - sulla produzione agraria di piante erbacee e legnose;
- c) interventi a carattere generale e riguardanti soprattutto l'incremento ed il consolidamento delle fonti accessorie di reddito: migrazione, turismo, artigianato, industrie ».

Conclude dicendo: « L'agricoltura alpina è in fatale involuzione, mentre, tutto attorno, il mondo

si muove con andatura sempre più spedita. Le sue strutture sono manchevoli, le produzioni stagnanti, il reddito che essa è in grado di esprimere non risponde alle più modeste attese. Sicchè una parte sempre maggiore della sua popolazione è costretta a ricercare altrove le fonti delle sue sussistenze. L'azione di risanamento sarà lunga e tormentata. Ma è possibile, oltre che doverosa. Purchè, però, mezzi e strumenti si sappiano opportunamente incanalare e far convergere con moto coordinato su alcuni essenziali obiettivi. Purchè, però, si abbia costantemente presente un dato di fondo e cioè che anche in futuro l'agricoltura alpina, da sola, non sarà bastevole ai bisogni della popolazione residua. La quale, per rimanere nelle sue valli in dignitose forme di vita deve poter contemporaneamente contare sulle risorse di altre complementari branche economiche che in varia misura sono connaturali alla montagna ».

Questa è la conclusione dell'intervento del prof. Perini, che, come ho detto prima, completa il suo intervento con delle affermazioni chiare, precise, scultoree, che devono far meditare i responsabili della Regione Trentino-Alto Adige. Egli propone che si intervenga in forma più massiccia e richiama l'attenzione sulla vicina Svizzera, la quale veramente interviene a favore delle zone montane con dei massicci interventi. La legislazione svizzera effettivamente punta a pareggiare le condizioni di vita della popolazione alpina con gli altri gruppi sociali; la Svizzera effettivamente — e del resto è stato ricordato ancora in questa aula — dà maggiori interventi nei confronti delle zone montane, soprattutto dà un'interpretazione obiettiva alle leggi che vengono espresse e che vengono pubblicate ed approvate nei confronti delle zone montane. Non vorrei dire che sia la stessa cosa da noi, perchè vediamo sempre qualche legge che si è emanata a favore delle zone montane, che viene sminuita nella sua essenza, svuotata del suo valore. Vediamo quella sui bacini imbriferi; non credo che si possa affermare che l'intendimento primario da parte dei legislatori sia stato quello di fare estendere il beneficio a favore delle zone delle valli e della pianura, perchè questo dovrebbe essere eventualmente una sostituzione della legge 33, che riconosceva ai comuni rivieraschi un indennizzo per

i danni che subivano per la incanalazione delle acque; invece abbiamo visto che attraverso le interferenze e le pressioni, si è riusciti a fare risentire i benefici di questa legge anche alle popolazioni del fondovalle. Altra legge, la legge sul legname, sulla IGE riguardante il legname resinoso da opera; abbiamo visto anzitutto che si è introdotta una nuova disposizione di legge, che riguarda la creazione di questa imposta IGE una tantum, disposizione di legge che è stata fatta a seguito dell'intervento degli industriali del legno, i quali hanno operato una suggestione nei confronti del Governo nazionale, il quale ha abbracciato questa idea dell'imposta una tantum, creando però un grave danno nei confronti delle zone produttrici di legname, le quali devono sostenere in partenza l'onere dell'imposta una tantum. Quindi, per favorire gli industriali del legno si sono danneggiate quelle popolazioni. Non vorrete dirmi che questa sia una esatta interpretazione delle necessità e della legislazione a favore della gente della montagna. Abbiamo visto la legge sulla montagna, ed anzi è stato riconosciuto anche dall'Assessore Kessler l'anno scorso che il valore di quella legge è semplicemente teorico; io forse lo ho affermato in senso più duro e ho criticato l'intervento dello Stato in forma estremamente esigua; un bluff, ho detto, e pressappoco così si è espresso anche l'Assessore Kessler. Non mi si venga a dire che veramente si ha nei confronti di quelle popolazioni la sensibilità richiesta dalle loro condizioni di vita; è solo una affermazione retorica che si vuole fare quando ci si trova alle feste della montagna a contatto con la popolazione il dire: noi abbiamo in considerazione la necessità di riconoscere, abbiamo la sensibilità di capire quali sono i vostri bisogni, vi veniamo incontro in forma decisa. La realtà ancora non si è manifestata. Infatti, noi avevamo preso un ordine del giorno alcuni anni fa per quanto riguarda l'IGE, in questo Consiglio, preso all'unanimità, nel quale chiedevamo che lo Stato rivedesse questa sua decisione, ritornasse possibilmente all'imposta normale. Non conosco i risultati di questo ordine del giorno, non so se è stato preso in considerazione, forse il Presidente della Giunta avrà qualche notizia da darci. Il fatto è che si è rimasti allo stato primario; non solo ma la situazione si è anche aggravata, con una

recente disposizione del Ministero delle finanze; si è aggravata in quanto non è più consentito all'ente pubblico di poter pagare l'imposta generale sulla entrata sul valore di macchiatico, ma si è imposto che questa imposta sia pagata all'acquisto, il che comporta che si impone l'imposta generale sull'entrata, anzichè sul valore del macchiatico, anche sul valore della mano d'opera, comportando un notevole e preoccupante onere nei confronti dei comuni, nei confronti dei proprietari di boschi e dei produttori di legname. Bisogna tenere conto che questa legge dell'una tantum colpisce tutte le operazioni del legname che vengono fatte sul posto e che dovrebbero soggiacere ad un'unica tassazione. Non credo che questa sia una dimostrazione di tenere conto di queste nostre necessità.

Giacchè mi trovo sull'argomento di natura agricola, vorrei dire qualcosa in merito al problema zootecnico.

L'Assessore Pedrini ha accolto in senso favorevole questa iniziativa, che però ho l'impressione non sia seguita con quell'interesse che meriterebbe. Si tratta di una soluzione — non è nuova perchè è stata riportata qua dentro alcuni anni fa — alla quale ha risposto il cons. Salvadori, dicendo: guardi che questa sua proposta della stalla sociale non è una cosa nuova; un tentativo è stato fatto in quel di Folgaria, che non ha portato alcun risultato. Poi c'è una proposta concreta presentata all'Assessore Pedrini diversi mesi fa e che richiede una urgente decisione per due ragioni, per due punti di vista. Primo, perchè se le iniziative che sorgono e dovrebbero avere uno sviluppo vengono temporeggiate, si frappone fra la realizzazione di queste iniziative e la presentazione effettiva, del tempo che fa afflosciare l'entusiasmo di coloro che lo vogliono fare e creano difficoltà alla realizzazione tempestiva. Ho detto prima e dichiaro che l'Assessore Pedrini ha accolto con un senso positivo questa iniziativa, ha provocato delle riunioni, ha dato incarico a dei tecnici di presentare relazioni che devono essere presentate entro il 15 gennaio; siamo a fine febbraio, passano i mesi e intanto coloro che hanno presentato delle serie iniziative di questo genere perdono l'entusiasmo e la volontà.

Signor Presidente e signor Assessore, vorrei veramente caldeggiare questa iniziativa, ma soprat-

tutto vi è questo: se in quella riunione che lei ha presieduto e dove si è avuta la netta sensazione che l'iniziativa doveva avere un risultato positivo, se questo non viene portato a termine entro il tempo più stretto possibile, ho l'impressione che si finisca con l'abbandonare questo tentativo che dovrebbe essere un tentativo pilota per quanto riguarda la regione Trentino - Alto Adige. Ci sono già delle soluzioni nel Friuli e nel Cadore, naturalmente con soluzioni e impostazioni diverse. Ora anche noi dobbiamo cercare di dimostrare che realmente cerchiamo di fare tutto il possibile per ottenere dei risultati positivi, ed allora cerchiamo di sostenere queste persone che si sono dedicate a questa soluzione con l'investimento di capitali e con scarse prospettive di risultati, e pur tuttavia per frenare questo preoccupante abbandono delle aziende agricole e zootecniche hanno tentato questo esperimento. Vorrei ricordare a questo proposito quello che è stato un parere del Centro di Economia montana dell'Università di Padova proprio per quell'iniziativa che sto dicendovi, il quale dice: «Questo Centro di Economia montana, attraverso la collaborazione dei proff. R. Baldoni e O. Ferro, ha esaminato attentamente il progetto di organizzazione e quello delle costruzioni della stalla cooperativa di codesta Azienda. Mentre ci si compiace dell'ottimo e intelligente lavoro svolto, che riteniamo veramente rispondente allo scopo per cui il progetto stesso è stato concepito, teniamo a ricordarvi gli accordi presi nelle precedenti riunioni di Bressanone e di Padova in merito ad una stretta collaborazione fra codesta Azienda ed il nostro Centro di Economia montana, al fine di poter ricavare dalla vostra esperienza e dallo studio parallelo della stessa, che verrà operato dai vari docenti della nostra Facoltà di Agraria, elementi utili per l'indirizzo di nuove iniziative del genere. Riteniamo infatti che l'esperimento che andrete a compiere, uno dei primi e più organici fra quelli effettuati nelle zone alpine, potrà avere una grande importanza teorica e pratica nel quadro delle varie iniziative utili per lo sviluppo della montagna e la sua rapida realizzazione potrà essere di guida a nuove organizzazioni che andranno a formarsi per risolvere in modo organico un problema di vastissimo interesse nell'attuale momento».

Quindi anche questo intervento, questo interessamento dell'Università di Padova circa l'economia montana, che vede con estrema utilità l'attuazione di questo esperimento, mi incoraggia maggiormente ad insistere nei confronti della Giunta e nei confronti dell'Assessore di voler realmente cercare di portarlo a termine, ma cercare di portarlo a termine nel più breve tempo possibile, perchè diversamente andrà a finire nell'abbandono, e penso che non sarebbe assolutamente utile, neanche nei confronti della economia agricola, dell'economia zootecnica della nostra Regione, perchè se un esperimento di questo genere, che è stato creato, che ha avuto inizio con una serietà di intenti, un lavoro statistico veramente encomiabile, con una progettazione ammirevole, se questo non viene assunto con la dovuta serietà, con la dovuta celerità, io temo che noi lasceremo che questa iniziativa vada a perdersi, a danno di tutta la Regione.

Oltre alla relazione del prof. Perini abbiamo avuto la relazione del prof. Vinardi. In questa relazione — e guardate, io sarò molto più breve, perchè naturalmente è di una diversa natura — anche il prof. Vinardi, dopo aver fatto un'analisi profonda, un'analisi meticolosa delle situazioni economiche della regione trentina, delle condizioni di vita della nostra gente, presenta dei suggerimenti e delle proposte in sostanza quasi sulla stessa direttrice del prof. Perini. A differenza però, il prof. Vinardi caldeggia e insiste sulla necessità di una industrializzazione, di una maggiore industrializzazione della nostra regione, in primo luogo cercando di sfruttare in forma più radicata, in forma più consistente le possibilità locali, quelle che sono fondate sul patrimonio forestale, sui giacimenti minerari e sull'agricoltura. Poi naturalmente incoraggia anche l'intervento e l'introduzione di iniziative di natura industriale anche in primo luogo per il completamento del ciclo di lavorazione dei prodotti locali del legname, dato dai prodotti dell'agricoltura ed anche in secondo luogo l'introduzione di nuove iniziative che consentano la possibilità di uno sviluppo. Richiama la necessità quindi di un maggiore, più consistente, più attivo interessamento della Regione, delle Province, dei comuni e ricerca in modo particolare la necessità di stimolare, incitare gli in-

dustriali a indirizzare le loro attenzioni anche verso le zone meno dotate e più bisognose.

Il prof. Prudenza, che è il Vice Presidente della Confindustria, avrebbe dovuto in questa sede portare un contributo, forse un maggiore incoraggiamento per quanto riguarda l'industrializzazione; invece è stato molto prudente, vorrei dire quasi scoraggiante leggendo la sua relazione. Anche il prof. Prudenza indica quali fonti di reddito di queste zone in primo luogo il settore agricolo, poi naturalmente quello turistico e anche il settore industriale, ma però limitatamente ad aziende di modeste proporzioni e artigianali, semprechè, afferma, si verifichino le condizioni di convenienza. Lo sviluppo industriale in queste zone, secondo il pensiero del prof. Prudenza, deve essere subordinato alla convenienza del piccolo e modesto operatore, escludendo quasi l'intervento delle grandi società. Ecco dove io vedo che forse dal punto di vista economico potrebbe avere un certo valore il fatto di dire che la dislocazione, il decentramento di determinate iniziative industriali in certe zone, dal punto di vista economico, potrebbe anche non dare quel risultato positivo; però non si dimostra un senso di considerazione umano e sociale nei confronti di queste popolazioni. Invece si dovrebbe anche incoraggiare le grandi società, ridurre parzialmente i loro grandi redditi intervenendo a portare un certo contributo di benessere nei confronti delle zone depresse, nei confronti delle zone montane. Il convegno di Trento conferma, con dimostrazione di dati ed elementi, la realtà degli argomenti che sono sempre stati sollevati in questa sede nei confronti delle zone di montagna.

Adesso vorrei riprendere la questione turistica. Per quanto riguarda il turismo ho detto: esso è stato indicato come la migliore e forse l'unica possibilità per portare nelle zone dei laghi, nelle zone turisticamente più dotate, quindi nelle zone montane un notevole contributo. Tutti gli oratori hanno indicato il turismo come un fattore fondamentale, animatore quindi di altre attività che comportano degli elementi determinanti anche nell'economia in campo nazionale. Io ho fatto l'anno scorso un intervento nel settore turistico, intervento al quale ho avuto delle risposte sia dal dr. Segnana, sia dal dr. Salvadori, sia dall'Assessore, e io avevo

già l'anno scorso lamentato lo scarso interessamento. Viceversa io avevo sentito dagli oratori che mi hanno seguito, che io ho anche della ragione, che le mie considerazioni hanno un certo valore, ma non ritenevano di dare corso a quella mia proposta, a quel mio emendamento di spostare 50 milioni sul turismo. Però se tutti coloro che parlano di economia e specialmente delle zone montane, indicano il turismo quale strumento di soluzione positiva, io devo dire che se esistesse crisi nel turismo questa creerebbe delle gravissime conseguenze economiche in quelle determinate zone. Quindi ciò richiede una dinamica maggiore, richiede una fantasia molto più aperta dei piani organici, maggiori interessamenti, maggiori mezzi. Ma questo non lo diciamo, non lo dico solo da oggi, lo ho detto da molti anni; da molti anni noi abbiamo lamentato che effettivamente il turismo è la Cenerentola delle attività economiche; e ci si è risposto che non tutto è esatto, perchè abbiamo i lavori pubblici che costruiscono le fognature, gli acquedotti, le strade e che quindi non è da vedere solo il settore del turismo. Però guardate che il turista, il villeggiante non vede appariscenti questi strumenti che sono indispensabili, che noi riconosciamo; ma vuol vedere il rinnovamento delle zone turistiche, vuol vedere che ci siano effettivamente degli interventi nelle varie attrezzature. Il signor Assessore l'anno scorso aveva promesso che si sarebbe battuto per ottenere un maggiore stanziamento in questo campo, non ha promesso con dei « darò » perchè non era nelle sue possibilità; però siamo sempre allo stesso risultato, siamo sempre ai soliti stanziamenti. Mancano le possibilità ed i mezzi per potenziare le strutture, per intervenire nelle attrezzature alberghiere, per le funivie, le seggiovie, i campi da gioco. Gli interventi si sono dimostrati insufficienti, basta che noi consideriamo le molteplici richieste, che sono fatte da tutti gli enti turistici periferici e centrali per dimostrare che solo parzialmente ed in misera parte vengono accolte queste loro richieste per mancanza di mezzi. L'anno scorso ho detto, e lo ripeto ora: il turismo è uno degli strumenti che può salvare la montagna. Riflettiamoci se vogliamo veramente indirizzare verso quelle zone la nostra attenzione, perchè veramente attraverso questo strumento anch'io vedo una delle possibi-

lità. Occorrono naturalmente molti mezzi, ed occorre soprattutto potenziare queste istituzioni periferiche. È stato presentato alla fine della precedente legislatura un progetto di legge che riconosceva giuridicamente le istituzioni periferiche; anzi dire « giuridicamente » non è forse del tutto esatto, però rilevava la possibilità della creazione degli organi di queste aziende su base elettiva.

Noi avevamo chiesto anche il riconoscimento delle « pro loco ». Non essendo stato approvato quel progetto, non è stato più presentato. Signor Assessore, tutti gli anni io ho sollecitato e raccomandato la necessità di ripresentare quel provvedimento perchè ci sono delle situazioni critiche nelle varie pro loco, nelle varie aziende, dove effettivamente non si procede. L'altro giorno, trovandomi a Moena, si è provocata un'assemblea degli albergatori e degli operatori turistici per creare una società a sè stante, perchè non hanno più fiducia nelle aziende di soggiorno, perchè non vedono in questo strumento la possibilità di risolvere i loro problemi e allora si sono creati una società a parte, non so con quali possibilità, non so con quali mezzi. Ma queste situazioni bisogna risolverle! Lei lo aveva promesso, signor Assessore, lo aveva promesso già due-tre anni fa e anche l'anno scorso, e io naturalmente non posso che rinnovare le richieste. Dovete ammettere che le nostre rivendicazioni, le nostre obiezioni, le nostre richieste, le nostre osservazioni non sono mai tenute in considerazione! E poi ci si dice: ma presentate qualche proposta, concreta, presentate qualche risoluzione! Noi ne presentiamo qualcheduna, nessuna viene accolta. È una situazione, signor Presidente e signori Consiglieri, che deve assolutamente cambiare, perchè si deve tener conto anche delle esigenze che sono presentate.

Provvedimenti seggioviari. Io ho seguito, attraverso la stampa, questi provvedimenti, queste proteste; anzi, è stata fatta anche una assemblea, per quanto riguarda i provvedimenti di sospensione degli impianti seggioviari. Ora io riconosco, signor Assessore, la necessità di difendere l'incolumità delle persone, di garantire . . .

RAFFAELLI (P.S.I.): Quale Assessore, quello vecchio o quello nuovo? . . .

BERLANDA (Assessore industria, commercio, turismo - D.C.): Quello nuovo! . . .

VINANTE (P.S.I.): L'Assessore di competenza, comunque c'è il Presidente della Giunta, il quale rivolgerà eventualmente le responsabilità all'indirizzo giusto. Io ho riconosciuto la necessità di salvaguardare l'indennità e l'incolumità delle persone. Questo, lo dobbiamo riconoscere, è assolutamente necessario. Però io avrei visto con maggiore entusiasmo un intervento in un altro senso, cioè indicare ai signori proprietari, alle società proprietarie degli impianti seggioviari la necessità di sistemare il loro impianto; però era necessario mettere anche queste società nella possibilità di intervenire finanziariamente a favore di questi impianti seggioviari, dando eventualmente un termine per la presentazione di queste domande. Signor Assessore, guardi che la seggiovia, come ho detto, fa parte dell'attrezzatura complementare; la chiusura di una seggiovia potrebbe rovinare una stazione invernale. Quindi il provvedimento deve essere preso in rapporto a quello che ho detto prima: incolumità delle persone, però tenendo conto dell'importanza della chiusura di quell'impianto seggioviario agli effetti dello sviluppo turistico. Ration per cui io vi dico che l'Assessorato avrebbe dovuto provvedere a mettere a disposizione dei mezzi per aiutare a intervenire, e prevenire possibilmente queste chiusure che hanno indubbiamente portato a delle situazioni difficili; la chiusura della seggiovia si può ripercuotere su tutta l'economia locale. La chiusura di una seggiovia porta indubbiamente a una situazione di crisi; eppure ho appreso dagli atti di quel convegno tenuto a Trento, che il progetto di ammodernamento di uno degli impianti che è stato chiuso, era stato presentato ancora in giugno, e non si è più visto nessun risultato. Lo ho letto nella stampa, signor Assessore, e io naturalmente riferisco un fatto che nei miei confronti ha fatto una certa suggestione, perchè veramente dobbiamo riconoscere che gli impianti seggioviari hanno per le zone turistiche un'importanza fondamentale.

Legge alberghiera. Abbiamo visto durante questi ultimi anni un pullulare di richieste, di iniziative per ammodernare gli alberghi. Abbiamo visto

delle belle iniziative di ammodernamento che hanno dato senz'altro a determinati alberghi una visione più moderna, più accogliente, più dignitosa. Però attualmente è completamente esaurita. Noi vediamo degli albergatori che chiedono ancora di poter operare sulla legge alberghiera, ma nessuna possibilità esiste, perchè si è affermato che fino al 1962 non è possibile ottenere nessun contributo. Io vorrei sapere se lei considera che effettivamente l'ammodernamento della attrezzatura alberghiera è uno dei fattori importanti per il potenziamento turistico e se non vede la necessità di impinguare lo stanziamento, di finanziare la legge alberghiera. Da parte dell'Ente provinciale per il turismo si è affermato e si sono lusingati alcuni operatori dell'attività alberghiera a ricorrere in sede nazionale, sono stati fatti dei tentativi tutti con risultato negativo. Signor Assessore, io le rivolgo l'invito a considerare l'opportunità di rivedere anche questo settore.

Vie di comunicazione. Un altro argomento interessante per il potenziamento turistico sono le vie di comunicazione. Ho sentito io nella relazione del Presidente della Giunta affermare come dato positivo che il passaggio delle strade provinciali all'ANAS costituisce senz'altro un elemento che dovrebbe dare a noi un motivo di soddisfazione. Io per la verità voglio dire, signor Presidente, che dal punto di vista finanziario lo condivido pienamente, perchè si solleva la Provincia da questi ingenti oneri; però io vedo con estrema preoccupazione, signor Presidente della Giunta, il passaggio delle strade provinciali all'ANAS, la quale non dimostra di garantire la tranquillità del traffico, non perchè manchi all'ANAS la volontà di voler intervenire, di voler portare dei contributi di miglioria, di rettificare delle strade nazionali, ma perchè manca assolutamente di mezzi. E lo abbiamo riscontrato. Lei, signor Presidente della Giunta, dice di no; quando però io ho fatto presente alla direzione dell'ANAS che noi abbiamo da due anni un ponte dove non è possibile il passaggio, mi hanno detto: «Ci dispiace, ma non abbiamo mezzi». Quando vediamo il fondo stradale di determinate strade di importanza turistica notevolissima, il cui manto è abbandonato e non è più ricoperto, dove si vede effettivamente la mancanza assoluta di miglioramenti e

di rettifiche di una certa importanza, il passaggio di tutte queste strade all'ANAS mi preoccupa. Mi preoccupa perchè vedevo nella Provincia effettivamente un organo il quale le seguiva con una notevole attenzione; la Provincia cercava di introdurre degli ammodernamenti, delle rettifiche di notevole valore. Ora, se noi possiamo compiacerci per il fatto di aver visto sollevata la Provincia da questo onere, dobbiamo rammaricarci nel vedere il passaggio di queste strade a un ente che non ha la forza finanziaria, almeno così mi si dimostra, di poter intervenire. E guardate che il turista, quando sceglie un itinerario, quando vuole eventualmente indirizzare la sua attenzione verso determinate mete, una delle sue indagini migliori è di conoscere quale è il fondo stradale. Mi rivolgo quindi al signor Presidente della Giunta, — scrollando la testa, quasi quasi voleva dire che non era esatta la mia preoccupazione per la mancanza di fondi — ma io ora vorrei chiederle: perchè questi fondi non vengono usati? perchè non si apportano queste migliorie alle strade? perchè non si cerca di rendere il traffico più tranquillo? Del resto lei ne ha un'esperienza... Va bene che ci troviamo in un inverno difficile, in un inverno che ha creato purtroppo delle preoccupazioni, ma vediamo che solo il tratto da qui a Trento rappresenta delle preoccupazioni anche nel mantenimento, nell'apertura invernale delle strade. Ora mi si dice da parte di esponenti dell'ANAS: « noi abbiamo già adoperato circa un terzo delle disponibilità per la manutenzione ordinaria delle strade »; ciò vuol dire mancanza di fondi, almeno questa è una considerazione che devo trarre dopo il colloquio che ho avuto con gli esponenti. Quindi, signor Presidente della Giunta, veda che nel campo della viabilità ci sia un maggior interessamento, una maggiore visione delle necessità, dei bisogni e soprattutto che questa attenzione venga indirizzata nei confronti delle strade che rappresentano un'importanza dal punto di vista turistico.

Il Ministro Pastore, il quale era presente a quel famoso convegno di Trento, ha assunto anche lui un'affermazione chiara, evidente e precisa per quanto riguarda la necessità di intervenire in favore delle zone turistiche. Consentitemi che vi dica quello che ha detto il Ministro Pastore: « Vi è,

innanzitutto, a legittimare l'invocato intervento, una ragione di natura economica, in quanto v'è la necessità di utilizzare tutte le risorse disponibili fino a rendere produttivo l'intero territorio nazionale. V'è, quindi, una esigenza di natura morale, in quanto non è accettabile una discriminazione tra i cittadini, nel senso che una parte di essi possono godere dei beni di cui il Paese dispone, e altri, ai quali tali beni sono di fatto sottratti. I cittadini residenti nelle aree meno sviluppate meritano che lo sforzo della collettività sia indirizzato a sollevarli dalle depresse condizioni in cui vivono. Vi è, poi, una ragione politica, in quanto, specie nelle zone di montagna, risiedono i nuclei familiari la cui struttura morale, il cui senso della comunità, la cui capacità di dedizione per i più alti ideali costituiscono il più sicuro ancoraggio per una democrazia che voglia essere vitale ». Questo è un bellissimo riconoscimento da parte del Ministro Pastore, però non so se questo riconoscimento platonico abbia mai avuto un'attuazione pratica nei confronti di queste popolazioni che moralmente sono considerate le popolazioni più sane del territorio nazionale. « La montagna ha — dice il Ministro Pastore, — a sua volta le migliori condizioni obiettive per un tipo di industria: il turismo ». Ecco riconfermata anche dal Ministro Pastore, la necessità di intervenire nel settore turistico. E io naturalmente non posso che ribattere, non posso che richiamare la vostra attenzione su quello che è detto da un Ministro della Repubblica. « È — dice — indubbiamente tempo di considerare il turismo come attività industriale, procedendo di conseguenza a sorreggerne lo sviluppo. Anche qui vi sono problemi di viabilità, di valorizzazione dei centri di attrazione, di installazione di razionali attrezzature per la ricettività. Evidentemente, pertanto, deve essere nostro impegno recare il massimo di assistenza ». Mi devo compiacere, naturalmente, con questa affermazione; vediamo se poi al lato pratico qualche cosa si potrà ottenere.

Non credo si possa affermare, dire che nella nostra regione siano stati fatti degli interventi di natura sostanziosa, anche se sono state riconosciute da parte di tutti nel settore turistico le necessità, e i bisogni. Gli stanziamenti, come ho detto prima, sono da diversi anni sempre gli stessi. Io non lo

so, io non vorrei perdere ancora la speranza; vorrei pensare che, dopo tante esplicite, chiare, precise affermazioni, si voglia finalmente tradurre in realtà quelli che sono gli impegni e le promesse da parte degli esponenti politici, economici dello Stato e della Regione. E soprattutto io rivolgo ancora una volta al signor Assessore la richiesta, la invocazione, se lei vuole, di affrontare questo problema con maggiore sensibilità.

Forse questa, non vorrei offenderla, forse questa l'avrà avuta meglio di me; forse non avrà avuto la possibilità di dimostrare e di ottenere alcun risultato. La prova dei fatti, però, è sempre quella che gli stanziamenti non sono mai stati aumentati. Tutto è statico nei confronti di questa attività.

Nella Regione, signor Presidente, si ha la tendenza di considerare i vari problemi per settori. Infatti si parla di bonifica, di zootecnia, di turismo, di artigianato, di spopolamento, di industrializzazione, ma in realtà si tratta di un problema unico: il problema delle necessità, dei bisogni della popolazione. Le visioni settoriali devono essere considerate come un'analisi, una ricerca per considerare il problema nel suo insieme. Esiste pertanto e si afferma la necessità di affrontare il problema in una visione più coordinata, più organica di tutte le attività della Regione. Non si può più continuare a considerare, come è stato fatto fino ad oggi, le iniziative, gli interventi per settori, soprattutto quelli che sono più produttivi dal punto di vista elettorale. Bisogna creare un programma unitario, tenendo conto di tutti gli elementi di progresso, e procedere in un armonico panorama alla realizzazione di tutti i problemi. Si rende quindi necessario affrontare il problema della pianificazione. Lei mi dirà, signor Presidente, che qualche cosa in questo campo è stato fatto, sono stati fatti degli studi, che il Governo ha predisposto la elaborazione dei piani regionali, però io non considero la possibilità di una realizzazione di questa attività in profondità e con un limite di tempo il più ristretto possibile. Si rende necessario, quindi, affrontare una pianificazione regionale. Il piano in sostanza, secondo le affermazioni anche di una rivista di urbanistica, dovrebbe tendere, dovrebbe raggiungere l'equilibrio fra la popolazione, l'economia e il territorio.

Importante, quindi, da ogni punto di vista. I vari punti di vista confermano che la nostra vita non può più essere vissuta alla giornata, non può più essere vissuta individualmente e per settori, ma deve essere effettivamente indirizzata verso un coordinamento generale di tutte le attività, perchè attraverso il coordinamento di tutte le attività si può effettivamente realizzare un programma in profondità. Deve essere necessariamente indirizzata verso il migliore e più concreto sviluppo della società umana e verso la integrazione dove lo richiedono le necessità ambientali, verso il miglioramento delle condizioni di vita delle zone depresse. Non è che il piano regionale dovrebbe essere fatto in virtù di una competenza statutaria, ma dovrebbe essere fatto in virtù delle molteplici competenze economiche che ha la Regione, e questo piano dovrebbe avere la funzione di creare l'equilibrio di interventi pubblici nei vari settori economici. Non bisogna che gli interventi siano fatti sotto la pressione dei gruppi politici o economici più organizzati, o politicamente più rappresentati, ma devono essere fatti in visione di un piano generale che guardi e consideri le cose con un panorama più unitario, in modo, signor Presidente, che gli interventi siano fatti in funzione di un miglioramento economico produttivo. Poi si potrebbero fare, in armonia con il piano regionale, dei piani provinciali.

E' stata affermata in diversi convegni di urbanistica e di economia la necessità di creare questi piani in territori più modesti, che consentano la possibilità di una visione più concreta e più reale delle situazioni. Infatti ricordo che in un convegno che si è tenuto nel Belgio, si è concordata da parte di tutti i partecipanti, di tutti gli economisti, di tutti gli urbanisti, la necessità di elaborare un piano di natura regionale e si è anche in quella sede concordato che cosa si dovrebbe intendere per regione. E si è affermato che la regione è un'unità territoriale che, confrontata con altre unità, possiede una certa autonomia sul piano economico, sociale e culturale. Quindi penso che l'elaborazione di un piano regionale, fatto dalla Regione, tenuto conto dell'importanza e delle competenze economiche ad essa attribuite, potrebbe creare un ponte di lancio di tutte le iniziative che fino a oggi sono state fatte,

con la visione delle necessità dei singoli settori, ma non con un coordinamento generale. Tutti i convegni quindi di economia hanno affermato che il progresso sociale, economico e culturale viene realizzato maggiormente e nel tempo attraverso il piano economico di sviluppo, ed è stato dimostrato anche che là dove il coordinamento delle ricchezze nazionali è stato più organico e preordinato, il progresso economico e sociale è stato più largamente assicurato. Io quindi, arrivando alla fine del mio breve intervento...

CONSIGLIERI: Breve!...

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): ... vorrei dire al signor Presidente di considerare la necessità e l'opportunità di porre allo studio la elaborazione di un piano regionale, che non deve essere fatto con l'attribuire a questo e a quell'organo esistente il compito di indagine, di ricerca delle situazioni economiche, delle possibilità di sviluppo, del coordinamento delle attività, ma creando un organo a sè stante, il quale sia investito della specifica competenza di effettuare un esame della situazione economica, sociale, culturale della regione Trentino - Alto Adige, e affronti il problema con estrema decisione; sia dotato dei mezzi necessari, perchè questo possa essere fatto nel miglior modo possibile e nel più breve tempo possibile.

PRESIDENTE: Alcuni minuti di intervallo. Poi la parola al cons. Panizza.

(Ore 18.05).

Ore 18.15.

PRESIDENTE: La seduta riprende. Per quanto riguarda l'ordine dei lavori propongo domani alle 15, venerdì alle 15; giovedì è giovedì grasso...

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Martedì è l'ultimo di carnevale...

PRESIDENTE: Se volete, non ho niente in contrario di fare anche giovedì...

CORSINI (P.L.I.): Sulla proposta della Presidenza vorrei prendere la parola.

PRESIDENTE: Cerchiamo di non dilungarci troppo.

CORSINI (P.L.I.): Propongo semplicemente di lavorare anche giovedì pomeriggio.

PRESIDENTE: Lei propone di lavorare nel pomeriggio di giovedì? Intanto rimane fisso domani e venerdì dalle 15 alle 19. Metto in votazione la proposta di lavorare anche giovedì dalle 15 alle 19. Chi chiede la parola su questa proposta?

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Solo per associarmi ad appoggiarla.

PRESIDENTE: Metto in votazione la proposta Corsini: è respinta a maggioranza.

La parola al cons. Panizza.

PANIZZA (D.C.): Signor Presidente, signori Consiglieri, prendo la parola a nome dei consiglieri regionali DC della Provincia di Bolzano per rettificare alcune interpretazioni sulla nostra posizione politica, che vorrebbero configurare una nostra differente impostazione nei confronti degli amici di Trento.

Per alcuni la DC altoatesina sarebbe schierata su posizioni autonomistiche di maggiore sensibilità alle istanze del gruppo etnico tedesco.

Affiora perfino nei discorsi fuori del Consiglio la possibilità che almeno parte della DC altoatesina propenda a un'autonomia provinciale che, mettendo direttamente di fronte il gruppo etnico tedesco con il gruppo etnico italiano, senza la mediazione di Trento, sia perciò stesso più dinamica e positiva nella difesa del gruppo etnico italiano e nello stesso tempo dia soddisfazione alle esigenze di autonomia provinciale prospettate dal gruppo etnico tedesco. Io devo fare, spero una volta per tutte, giustizia di simili interessate interpretazioni.

Non vi è stato mai nessun deliberato politico degli organi ufficiali della DC altoatesina, che possa aver dato il destro per simili interpretazioni.

Vi è un'unica politica regionale democratico-cristiana elaborata dagli organi politici responsabili, e che si estrinseca nelle deliberazioni dell'intero gruppo consiliare, al quale noi Consiglieri di Bolzano partecipiamo senza alcuna differenziazione.

A tale comune elaborazione politica partecipa la DC bolzanina con i suoi organi responsabili in piena parità politica, che trascende ogni differenza di peso numerico.

Cardine di questa politica è stata ed è la difesa della Regione non per una supina sudditanza a Trento, ma per profonde ragioni etiche e storiche.

Perchè difendiamo l'unità della Regione?

Siamo sempre stati per l'unità regionale non soltanto perchè storicamente vi è sempre stata una unità amministrativa e politica regionale, ma anche perchè riteniamo che la convivenza dei due gruppi etnici italiano e tedesco sulla più vasta base regionale sia la più civile forma di convivenza non solo sul terreno economico, il che ci sembra ovvio, ma soprattutto sul terreno culturale.

Subito dopo l'annessione all'Italia del Trentino - Alto Adige, tutta la regione venne retta in un'unica entità amministrativa. Solo nel 1927, ed è stato un errore fondamentale, il fascismo creò la provincia di Bolzano con chiari scopi di snazionalizzazione etnica. Tale fu certamente una decisione antistorica, della quale ancor oggi portiamo le conseguenze. Il «Los von Trient» di oggi non è niente affatto originale, ma risale a quei tempi.

Noi siamo convinti che solo nell'unità regionale si possano armonizzare e comporre gli interessi necessariamente contrastanti dei gruppi etnici qui conviventi, e che la stessa dinamica etnica possa meglio svilupparsi nel più vasto ambiente regionale che in quello provinciale.

Questa concezione ci deriva dal concetto che noi abbiamo di «gruppo etnico». Noi crediamo che l'appartenenza a un gruppo etnico non sia un fatto razziale, ma essenzialmente culturale. In definitiva uno si sente appartenente a un determinato gruppo etnico non tanto per il fatto che i suoi ascendenti siano razzialmente italiani, tedeschi o inglesi, quanto perchè la sua formazione culturale, l'ambiente nel quale è cresciuto, lo hanno portato a spiritualmente identificarsi con una determinata cultura.

Certo, basi di questa identificazione sono la lingua, le tradizioni, i costumi, l'ambiente geofisico, fatti tutti di natura culturale e non razziale. Pensiamo che su questa base debba essere spiegata la legittima appartenenza al gruppo etnico tedesco di persone dalla chiara ascendenza italiana, delle quali alcune sono presenti anche nel nostro Consiglio regionale. Così come in provincia di Trento e anche qui in provincia di Bolzano vi sono persone dalla chiara ascendenza tedesca appartenenti al gruppo etnico italiano.

Ogni politica razziale è condannabile, in qualsiasi luogo si espliciti, ma è ancor più condannabile in zone mistilingui come la nostra, ove due culture si incontrano, ove vi è la necessaria convivenza di due o tre gruppi etnici; in tali zone si deve attuare una politica di difesa e potenziamento culturale dei gruppi etnici conviventi nello stesso territorio.

La razza quindi è un dato obiettivo. Uno è razzialmente italiano, o tedesco, o cinese e tale sua appartenenza non è contestabile perchè obiettiva.

L'appartenenza invece all'uno o all'altro gruppo etnico è un fatto soggettivo pure non contestabile.

Riconosciamo perciò al gruppo etnico tedesco l'assoluto diritto di ricercare in autonoma responsabilità i mezzi per la sua difesa e la sua conservazione e potenziamento, purchè esso si avvalga dei legittimi strumenti legislativi, amministrativi e politici che lo Stato mette a sua disposizione.

Ecco perchè anche sulla base del diritto naturale pensiamo che il fondamento dell'autonomia di una minoranza abbia contenuto essenzialmente culturale, intendendo sotto questo termine come detto innanzi, tutto quel complesso di caratteristiche culturali, linguistiche, storiche, religiose, morali, giuridiche, di organizzazione economica e sociale, che contraddistinguono un popolo e quindi una minoranza. E' in tale quadro che la minoranza deve aver garantito il suo sviluppo, cioè il diritto alla vita nelle sue forme proprie, e che nulla debba essere fatto che possa minacciarne la sopravvivenza o che possa condurre a un'artificiosa alterazione della sua consistenza rispetto alla popolazione dello stato nazionale. Esempio probante di tale concezione è il fatto che non abbiamo mai contra-

stato al gruppo etnico tedesco, pur non approvandola, l'attuazione di una politica di separazione etnica sia negli asili che nelle scuole, sia negli altri settori dell'attività culturale, essendo tale politica ritenuta dal gruppo etnico tedesco la più idonea per la salvaguardia delle sue caratteristiche etniche; nel mentre però vivamente condanniamo ogni pseudopolitica razziale che predichi presunte superiorità di una razza sull'altra, con tutte le conseguenze pratiche che tale teoria comporta, vedi lotta contro i matrimoni misti, l'odio razziale, ecc.

DIETL (S.V.P.): Chi lo predica!

PANIZZA (D.C.): Siamo purtroppo convinti che in Alto Adige, come del resto altrove, ove storicamente vi sono stati problemi di minoranze, si debba fatalmente passare attraverso una fase di separazione più o meno lunga prima che la minoranza etnica non si senta minacciata e possa attuare altre forme di convivenza, sempre di sua libera scelta.

Quanto premesso per giustificare il nostro regionalismo, che offre anche alla minoranza politica altoatesina, che si configura nel gruppo etnico italiano, la possibilità di una sua dinamica nel più vasto ambiente regionale.

La regione così concepita non potrà mai essere strumento di sopraffazione, ma valido mezzo di componimento di legittime istanze etniche.

Alla minoranza etnica può essere concessa anche un'autonomia politica, consistente in una determinata forma di autogoverno. Questa forma di autonomia politica non discende dal diritto naturale come un qualcosa di necessario; difatti esiste in taluni trattati per le minoranze stipulati dopo la prima guerra mondiale, non esiste in altri e in quest'ultimo caso non si può negare che la minoranza manchi di una tutela adeguata. Ad esempio c'è una certa forma di autonomia culturale per gli sloveni della Carinzia, mentre manca ad essi una forma di autonomia politica. E non si dica che essi sono in numero così limitato da non rendere necessaria tale forma di autonomia politica: essi sono rispetto alla popolazione austriaca, nello stesso numero dei sudtirolesi rispetto alla popolazione italiana.

I limiti dell'autonomia politica, quando essa esiste ed è bene che esista, sono stabiliti anzitutto dalle forme istituzionali più o meno centraliste o federali dello Stato nel quale la minoranza etnica si trova. La minoranza infatti non ha solo diritti, ma anche doveri, e il primo di essi è di riconoscere l'unità politica dello Stato entro il quale si trova, e con ciò le strutture costituzionali che esso si è dato.

Gli aspetti dell'autonomia politica sono condizionati altresì dalla situazione della consistenza delle popolazioni esistenti nel territorio, nel senso che probabilmente diverso avrebbe potuto essere il contenuto dell'autonomia politica per la provincia di Bolzano se essa fosse abitata esclusivamente da popolazioni di lingua tedesca, come era abitata esclusivamente da popolazioni di lingua italiana la provincia di Trento durante l'impero austro-ungarico (e ciò nonostante allora non venne concessa un'autonomia politica per questa sola provincia).

La presenza invece nel nostro caso di un numero così considerevole di cittadini di lingua italiana, pone ovviamente il problema del contemporaneo delle esigenze dei due gruppi, ciò che si traduce in concreto nella struttura di un'autonomia politica nella quale accanto alle due province autonome con propria competenza legislativa ed amministrativa e con propri organi, esiste la Regione con attribuzioni su materie distinte da quelle delle province, essa pure dotata di poteri autonomi.

Dal punto di vista del diritto positivo, la protezione delle minoranze può essere realizzata in tre distinte maniere, osserva il Marazza nella «Rassegna di diritto pubblico» del gennaio-marzo 1958:

- a) attraverso una autonomia territoriale che abbracci tutti i cittadini residenti in una determinata zona dove vive la minoranza nazionale in modo compatto e porta l'esempio della creazione della Rutenia entro lo stato cecoslovacco a seguito del trattato di S. Germano del 10 settembre 1919. Tale forma di autonomia politica è attuabile quando nel territorio vive esclusivamente un gruppo etnico o esso rappresenti la quasi totalità della popolazione.
- b) attraverso un'autonomia culturale che ha basi personali e tuteli la minoranza in qualunque

zona si trovi dello stato nazionale (e porta lo esempio della maggior parte dei trattati minoritari firmati a Parigi nel 1919-20.

- c) attraverso una forma di autonomia mista, che rappresenta pure un'autonomia politica sebbene più attenuata di quella prevista sub a), in cui le varie forme di autonomia personale vengono concesse al gruppo etnico solo se residenti in una determinata zona attraverso la concessione di un'autonomia legislativa ed amministrativa. A questo ultimo tipo appartiene l'accordo De Gasperi-Gruber, il quale ha dato rilievo internazionale agli impegni ivi contenuti. E' proprio tale rilievo internazionale che da un lato significa anche ulteriore tutela per la minoranza, d'altro canto non consente all'altro firmatario dell'accordo di chiedere la modifica dell'ordinamento costituzionale italiano che ha dato attuazione all'accordo. Consente semmai di rivolgersi a un tribunale internazionale come l'alta corte di giustizia dell'Aja, perchè essa dica se lo Statuto ha attuato o meno l'accordo.

E su questa via di accertamento giuridico noi abbiamo ripetutamente detto di essere pronti di presentarci all'Aja.

Alla luce di quanto esposto, riteniamo che la richiesta di un'autonomia per la sola provincia di Bolzano non ha validità e non è idonea a risolvere il problema della pacifica convivenza delle popolazioni dei tre gruppi linguistici che vivono nella nostra provincia.

Questa conclusione non esclude naturalmente che ogni sforzo sia fatto in sede locale e nazionale, perchè le Province possano esercitare tutte le attribuzioni previste dallo statuto attraverso il passaggio di competenze con norme di attuazione.

BENEDIKTER (S.V.P.): Una sentenza della Corte Costituzionale che ha cancellato l'autonomia della provincia!...

PANIZZA (D.C.): E a questo riguardo non si può ragionevolmente negare che in questi ultimi tempi il ritmo dell'emanazione delle norme di attuazione sia diventato assai più rapido che in pas-

sato e che norme importanti come quelle sul bilinguismo, sui concorsi pubblici, ecc., siano state emanate.

BENEDIKTER (S.V.P.): Palliativi!

PANIZZA (D.C.): Voi considerate tutto palliativi, anche quello che vi si dà.

Come pure ogni sforzo dovrà essere fatto per dare alla delega di cui all'art. 14 ogni attuazione compatibile con la natura e l'interpretazione delle norme e con l'unità della Regione.

Nè si può essere aprioristicamente contrari a un ampliamento delle competenze delle province che possano assicurare un contenuto maggiore alla autonomia provinciale: a questo provvederà eventualmente lo Stato seguendo quei criteri e quei metodi che siano compatibili con il rispetto dei diritti e degli interessi dei tre gruppi etnici conviventi nella nostra provincia.

Ma l'unità della Regione nella quale si trova la provincia di Bolzano, che gode di un'autonomia che si esplica al di fuori della sfera regionale ed in settori del tutto sottratti alla competenza della Regione stessa, è un fatto acquisito nella nostra storia, perfettamente compatibile con il diritto naturale e col diritto internazionale e con gli impegni assunti dal governo italiano.

In questo quadro è evidente che le parole finali del discorso del dott. Benedikter hanno un sapore del tutto contrario a quei principii di convivenza e di reciproca comprensione che dovrebbero ispirare ogni uomo sinceramente democratico a qualunque gruppo etnico appartenga.

Perchè quando egli afferma che «non abbiamo bisogno della mediazione dei trentini» dimostra anzitutto insofferenza verso qualunque forma di convivenza nell'amministrazione con persone di altro gruppo linguistico e non ci si può illudere sul fatto che domani continui nel suo discorso per dire «non abbiamo bisogno della mediazione degli italiani» riferendosi ai cittadini di lingua italiana di Bolzano.

Ma dimostra anche di voler continuamente ignorare che, senza alcuna mediazione dei trentini, ma anche di italiani di Bolzano (nel senso che di essi si tiene scarsamente conto) il gruppo di lin-

gua tedesca amministra in maggioranza assoluta 107 Comuni su 113; la Provincia con le sue importantissime competenze; enti economici, finanziari, cooperativistici, che costituiscono la parte essenziale dell'economia altoatesina. E questa sarebbe volontà di mantenere sotto tutela il gruppo etnico tedesco?

Tutte queste cose sono state dette più volte, ma su di esse neanche si discute. Eppure sono vere.

L'attuale Statuto regionale garantisce non solo l'unità regionale, ma ogni possibile difesa per il gruppo etnico. Basta pensare alle competenze provinciali in ordine alla scuola, alla cultura, usi civici, tutela del paesaggio...

BENEDIKTER (S.V.P.): Edilizia popolare!

DIETL (S.V.P.): Edilizia popolare!

PANIZZA (D.C.): Anche l'edilizia popolare.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Di' anche «edilizia popolare»...

PANIZZA (D.C.): Competenze queste, compresa l'edilizia popolare, con le quali veramente si mettono a disposizione della particolare autonomia che ha la Provincia nell'ambito regionale, gli strumenti di difesa e potenziamento del gruppo etnico. Per tali competenze la provincia ha potuto legiferare in tema di tutela del paesaggio, urbanistica, piano regolatore. Nessuno può negare — e queste nemmeno sono bugie — che in materia di cultura la Provincia ha potuto impiegare vasti mezzi con la sua assoluta discrezionalità.

Per l'attuazione completa delle competenze più attinenti alla difesa etnica manca ancora l'emanazione delle norme di attuazione per il settore scolastico. Noi ci sentiamo di affermare il principio per il quale siamo per norme di attuazione che contemplino l'assoluto diritto dei genitori di indirizzare i loro figli alla scuola da essi liberamente scelta.

DIETL (S.V.P.): Finalmente!

PANIZZA (D.C.): Ma in tema di autonomia provinciale desidero precisare con estrema chiarez-

za il nostro pensiero in merito all'autogoverno qui dentro invocato dal cons. Benedikter e dal cons. Dietl.

Se per autogoverno si intende completa assunzione di ogni potere da parte del gruppo linguistico tedesco che qui in provincia di Bolzano è maggioranza assoluta, non possiamo non manifestare tutte le nostre legittime preoccupazioni di affidare totalmente la nostra sorte a persone che sono animate da sentimenti di vera ostilità dei nostri confronti, che riversano su di noi tutte le accuse che rivolgono allo Stato, tutte le recriminazioni che dirigono verso il regime fascista del quale non siamo stati corresponsabili e che come loro anche noi abbiamo subito.

Questo è un punto sul quale occorre intendersi chiaramente.

C'è stato un accenno di Benedikter nel suo discorso e un altro di Dietl che certamente non erano casuali. Benedikter ha detto «questo popolo è maturo per autogovernarsi, maturo abbastanza anche per trovare nel quadro di tale autogoverno un modus vivendi per una coesistenza nella verità e nella giustizia con gli elementi italiani qui ambientati e radicati».

Dietl dal canto suo ha affermato «possiamo procedere a una leale intesa con gli italiani di Bolzano senza ricorrere alla mediazione dei trentini».

E' veramente strano che tali idee vengano solo oggi espresse. Tempo fa non si è mai parlato soprattutto agito in tal senso. Non si è mai cercato con i fatti di tranquillizzare gli italiani dell'Alto Adige.

DIETL (S.V.P.): Dimostrazioni!

PANIZZA (D.C.): Si è anzi agito e si agisce spesso per creare preoccupazioni e diffidenza nel gruppo etnico italiano con atteggiamenti qualche volta provocatori.

CORSINI (P.L.I.): Male!

PANIZZA (D.C.): Psicologicamente si sono scelte le vie meno adatte per lanciare ora la possibilità di un accordo locale con gli italiani. Si è accusato Odorizzi come se egli avesse inventato

la favola della difesa della minoranza italiana in provincia di Bolzano.

Oggi però voi stessi dovete convenire che sebbene siate maggioranza assoluta in provincia di Bolzano, non potete prescindere dalla ricerca di un'intesa con gli italiani.

Il gruppo di lingua italiana di questa provincia non è una minoranza nel senso tecnico della parola. L'accordo di Parigi venne fatto per garantire la minoranza etnica tedesca. Gli italiani appartengono alla nazione che ha 50 milioni di cittadini. Questo è vero. Però gli italiani della provincia di Bolzano devono godere delle stesse possibilità di progresso civico economico e sociale delle quali godono i cittadini di lingua tedesca. Non si può parlare continuamente di diritti della minoranza di lingua tedesca e disinvoltamente ignorare i diritti della collettività italiana con la scusa che essa è protetta da 50 milioni di italiani.

Deve essere affermato che la maturità nell'autogoverno si misura sul metro delle attitudini degli amministratori di contemperare le esigenze dei cittadini di lingue diverse e di immedesimarsi nelle loro necessità.

Questa è la missione più alta alla quale siamo chiamati in questa Regione. Ma per arrivare a ciò occorre rigettare definitivamente la abitudine, dirci «l'habitus mentale», di voler fare continuamente

il processo alla storia, occorre abbandonare il complesso del mal tolto e accettare sinceramente la situazione quale noi e voi abbiamo trovato all'indomani della liberazione del 1945, e quale è stata poi regolata con un atto di rilevanza internazionale qual è l'accordo De Gasperi-Gruber del 1946.

Fatte queste considerazioni, vorrei veramente pregare i Consiglieri regionali della SVP a voler riconsiderare il loro atteggiamento nei confronti dell'autonomia regionale, affinché essi mettano onestamente e realisticamente in primo piano tutti quegli elementi che sul piano morale e storico ci hanno uniti e ancora ci uniscono, e in tal caso sono sicuro che si potrà trovare nuovamente una comune piattaforma sulla quale far progredire la vita regionale, sulla quale costruire ancora civili realizzazioni di giustizia sociale e di benessere per tutte le popolazioni qui conviventi.

CONSIGLIERI D.C.: Bravo!

PRESIDENTE: La seduta è tolta.

BRUGGER (S.V.P.): No, un momento, domando la parola.

PRESIDENTE: La seduta è tolta.

(Ore 18.50)